

P R O T O K O L L

über die 29. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 24. November 1988, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatsitzungsaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsl
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter Hahn
Karl Hochrathen
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Günther Mayrhofer
Rudolf Pickl
Ing. Karl Pragerstorfer
Franz Rohrauer
Gertrude Schreiberhuber
Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Steinparzer

Franz Straßer

Hubert Sturmberger

Leopold Tatzreiter

Otto Tremel

Christine Wieser

Wolfgang Wieser

VOM AMT:

Magistratsdirektor OSR.

Dr. Franz Knapp

Magistratsdirektor-Stellvertreter

OSR. Mag. Johann Rabl

SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

MR. Dr. Kurt Schmidl

Direktor TOAR Ing. Wolfgang Wein

Direktor OAR Helmut Riedler

OAR. Walter Kerbl

VOK. Augustin Zinedner

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.

Dr. Gerhard Alphasamer

Gerda Gugenberger

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) K-5995/88 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung 1988.
- 2) Sport-1522/88 Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Sportler und Funktionäre.
- 3) Sport-1522/88 Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Herrn Otto Kraft.
- 4) Ha-6088/88 ATSV Stein; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 5) Ha-4200/87 Nachtragsvoranschlag 1988.
- 6) Ha-5657/88 Österr. Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt; Personalkostenzuschuß.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- 7) SH-2896/88 Abgabe von Verpflegung aus dem Zentralaltersheim an die Pensionistenheime und den Verein Lebenshilfe; Kostensatz-Regulierung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

- 8) ÖAG-6163/88 Ankauf eines Müllwagens - Ersatzbeschaffung.
 Städt. Wi-Hof

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 9) Bau6-5239/88 Kanalisierung NK Marienstraße, S I - S 2, KG. Jägerberg.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 10) ÖAG-6544/88 Stadtwerke Steyr - Brunnenschutzgebiet; Refundierung von Stadtwerke Ausgaben für 1988.
- 11) ÖAG-6216/76 Erdgasliefervertrag; vertragliche Preisvereinbarung für Stadtwerke das Jahr 1989.

TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Geschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

- | | |
|--------------|--|
| K-6843/86 | Altes Theater Steyr; Reinigung des Bühnenaushanges. |
| GHJ1-6116/88 | Ankauf eines Telekopierers. |
| San-5846/88 | Rattenbekämpfungsaktion in öffentlichen Kanälen (zweimalige Auslegung) - Bekämpfungsperiode 1988/89. |
| SH-267/88 | Gesellschaft "Pro mente infirmis" - Gewährung einer Subvention. |
| FW-6255/88 | Ankauf von Garderobenschränken für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr, Löschzug I. |
| K-6843/86 | Stadttheater Steyr; Ankauf einer Elektrowinde. |
| GHJ1-92/88 | Ankauf eines Programmpaketes für das Gesundheitsamt und Ankauf von Hardwarekomponenten für die Siemens-Computeranlage. |
| Ha-4613/88 | Künstlerische Ausgestaltung des Neptunbrunnens am Linzer Hauptplatz. |
| ÖAG-5240/88 | Aktion "Saubere Umwelt" - Gewährung einer außerordentlichen Subvention an den Verein Lebenshilfe. |
| Müllabfuhr | Stadtwerke Steyr - Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn; |
| ÖAG-707/88 | Verlustersätze 1987; Ergänzung zum GR-Beschluß vom 3. 3. 1988. |
| Stadtwerke | |
| GHJ1-6485/88 | Mehrzwecksaal Münichholz; Ankauf eines Gewerbegeschirrspülers. |
| Bau5-6165/88 | Mag. Abt. IV - Kopierstelle; Durchführung von Instandsetzungsarbeiten. |
| GHJ2-6382/88 | Amtsgebäude Promenade 9; Behebung eines Heizungsrohrbruches. |

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf die heutige Sitzung des Gemeinderates eröffnen und darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß unseren Statuten entsprechend einberufen wurde. Die Beschlußfähigkeit ist gegeben und ich ersuche Herrn Gemeinderat Enöckl und Herrn Gemeinderat Eichhübl die Protokollprüfung für die heutige Sitzung zu übernehmen. Beide Herren haben zugestimmt. Entschuldigt für die heutige Sitzung sind Herr Gemeinderat Brandstötter, Frau Gemeinderat Probst, die Gemeinderäte Vorhauer, Wallner und Zagler.

Zur Behandlung von allfälligen Anfragen kann ich mitteilen, daß mir heute solche nicht vorliegen. Ich komme daher gleich zum nächsten Punkt, zu den Mitteilungen des Bürgermeisters.

Ich habe Ihnen hier einige Dinge mitzuteilen, und zwar zunächst eine Mitteilung über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage. Der diesbezügliche Bericht des Arbeitsamtes Steyr bezieht sich auf den Monat Oktober 1988 und lautet auszugsweise wie folgt:

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage im Bezirk hat sich während des abgelaufenen Monats nahezu nicht verändert. Ende Oktober waren im Amtsbereich 2.141 Personen, davon 1.047 Männer und 1.094 Frauen, arbeitslos vorgemerkt. Im Vergleich zum Vormonat ist die Zahl praktisch unverändert geblieben; gegenüber dem Vorjahr ergab sich erfreulicherweise eine Abnahme, die mit 1,3 Prozent gering ausfiel, aber doch als Trendwende anzusehen ist. Während also die Gesamtzahl keine allzu großen Änderungen aufweist, hat sich allerdings deren Zusammensetzung in Bezug auf das Geschlecht erheblich umgeschichtet. Erstmals seit längerer Zeit sind - wie aus obenstehenden Zahlen ersichtlich - wieder mehr Frauen als Männer arbeitslos gemeldet. Sowohl im Monats- als auch im Jahresvergleich nahm die Anzahl der arbeitslosen Männer deutlich ab (- 45 bzw. - 143), die der Frauen dagegen zu (+ 50 bzw. + 79). Der Rückgang bei den Männern ist auf die konjunkturbedingt verbesserten Arbeitsmöglichkeiten, die für Männer wesentlich günstiger aussehen als für Frauen, zurückzuführen. An offenen Stellen waren zu Monatsende 350 gemeldet. Verglichen mit dem Vormonat bedeutet diese einen Rückgang um 28,9 Prozent, der hauptsächlich durch die rasche Besetzung von Arbeitsplätzen in der Metallindustrie resultierte, aber auch eine saisonale Abflachung und Nachfrage darstellt. Im Jahresvergleich zeigt sich mit einer Steigerung von 29,2 Prozent dagegen eine deutlich bessere Situation als im Oktober 1987. Die Lehrstellensituation im Amtsbezirk hat sich statistisch gesehen gegenüber dem Vormonat bei der Insgesamtzahl der Vorgemerkten nicht sehr verändert.

Eine Mitteilung auch zum Garagenprojekt Fabrikinsel beim Ledigenheim. Bekanntlich sind schon längere Zeit Verhandlungen und Planungen im Gange, auf der sogenannten Fabrikinsel hinter dem Ledigenheim für die im Wehrgraben in Wegfall gekommenen Garagen ersatzweise Vorsorge zu treffen. Die Verwirklichung des Vorhabens hat sich nun insofern verzögert, als die GWG der Steyr-Daimler-Puch AG bekanntgab, eine Umplanung des früheren Ledigenheimes zu einem Wohnobjekt vorzunehmen. Bei Realisierung dieses Vorhabens müssen auch Kfz-Abstellplätze bzw. Garagen in ausreichender Zahl errichtet werden. Die Vertreter der Steyr-Daimler-Puch AG vertreten daher die Meinung, daß die Absicht der Stadt, hinter dem Ledigenheim Garagen zu errichten, zunächst zurückgestellt werden sollte, bis die Wohnbauplanung der Steyr-Daimler-Puch AG abgeschlossen ist, was mit Jahresende der Fall sein wird. Bei einer gemeinsamen Verwendung der zur Verfügung stehenden Flächen, die größtenteils im Besitz der Gemeinde sind und auch solcher, welche die Stadt von dritter Seite anzukaufen beabsichtigt, müßten für die Anordnung von Garagen andere technische Vorkehrungen als bisher geschaffen werden. Gedacht ist dabei an ein mehrstufiges Parkdeck, das Platz sowohl für die Verwirklichung der Bauabsichten der Steyr-Daimler-Puch AG, als auch jener der Stadt bieten würde. Sollte die Planung der Steyr-Daimler-Puch AG zum angegebenen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen sein, so wird die Stadt ihren ursprünglichen Plan unverändert realisieren. Aber ein wenig Zeit ist hier, glaube ich, gerechtfertigt, damit man versucht, beide Vorstellungen zu verwirklichen.

Zur Verbauung der Reithoffergründe haben sich auch in der letzten Zeit neue Aspekte ergeben. Durch die bereits erfolgte bzw. bevorstehende Abwanderung verschiedener Unternehmungen ergibt sich die Möglichkeit, die freigewordenen Flächen einer anderen Widmung als bisher zu unterziehen und für eine Wohnverbauung zu verwenden. Während die angeführte Möglichkeit für den stadtauswärtig gelegenen Teil der Reithoffergründe (Abwanderung Fa. Riha, Fa. Loidl & Schwarz und Fa. Musica) eher gegeben ist, stehen im stadteinwärts gelegenen Teil noch gewisse Hindernisse entgegen, weil dieses Gelände gegenwärtig noch gewerblich genutzt wird. Am 15. November 1988 fand mit den Betriebsinhabern eine Aussprache mit dem Ziele statt, die Möglichkeiten der allfälligen Aus- und Umsiedlung von Betrieben festzulegen. Zusammenfassend ist festzustellen, daß realistischere Weise zunächst nur der stadtauswärts gelegene Teil der Reithoffergründe für eine Wohnverbauung zur Verfügung stehen wird. Die Steyr-Daimler-Puch AG wurde eingeladen, einen gebietsweise abgegrenzten Grundverkauf anzubieten.

Einige Einladungen stehen auch ins Haus, und zwar habe ich demnächst mit dem neu gewählten Vorstandsdirektor der Steyr-Daimler-Puch AG, Herrn Dipl. Ing. Dr. Feizlmayr vor, über die weitere Entwicklung in den Steyr-Werken ein Orientierungsgespräch zu führen.

Außerdem möchte ich berichten, daß ich Herrn Landesrat Leo Habringer, dem kürzlich im Bereich der Landesregierung das Ressort "Wohnbauförderung" übertragen wurde, zu einem Besuch in Steyr eingeladen habe. Zweck des Besuches soll sein, gewissermaßen vor Ort die anstehenden Fragen zu erörtern. Generell wird auf die notwendige Förderung des sozialen Wohnbaues hinzuweisen sein, damit der überdurchschnittlich hohe Wohnungsfehlbestand in Steyr verringert werden kann. Besonders wichtig erscheint mir die Förderung des schon im Jahre 1987 eingereichten Pensionistenwohnhauses Ennsleite. Die Errichtung von Pensionistenwohnungen ist auch deshalb besonders dringlich, weil bei deren Bezug anderer meist billigerer Wohnraum frei wird. Sollte die zeitmäßig in Aussicht genommene Förderung nicht möglich sein, so müßte zumindest die schriftliche Zusage mit Etappenplan über eine Mittelzuzählung erwirkt werden, weil nur unter diesen Umständen eine Vorfinanzierung durch die Stadt bzw. deren Wohnungsgesellschaft vorgenommen werden kann. Weiters beabsichtige ich, besonders für die Fortsetzung der Baumaßnahmen im Resthofbereich einzutreten. Über Wunsch soll auch das Bauvorhaben der GWG der Steyr-Werke - Josefstal im Wehrgraben - besonders herausgestellt werden, da mit diesem Vorhaben kleinere Wohnungen geplant sind, für die ein besonders hoher Bedarf besteht.

Einige Worte auch, meine Damen und Herren, zum Problem Anschluß von Steyr an die Westbahn. Hier darf ich mitteilen oder muß ich leider mitteilen, daß die von Herrn Landeshauptmann in Aussicht genommene abschließende Vorsprache beim Bundeskanzler trotz Urgenz bisher nicht zustande gekommen. Der Herr Landeshauptmann hat aber kürzlich ein Schreiben des Generaldirektors der Österr. Bundesbahnen, Dr. Übleis, übermittelt, aus dem hervorgeht, daß sich die ÖBB nunmehr bereitfinden, im Streckenabschnitt Steyr-Linz und retour ab Mai 1989 gewisse Verbesserungen durchzuführen. Ich habe diese Mitteilung damit beantwortet, daß die angekündigten Maßnahmen nicht als Ersatz für den Westbahnanschluß akzeptiert werden können und zwar u. a. auch deshalb, weil die geplanten Verbesserungen nicht immer zu Zeiten des Berufsverkehrs erfolgen. Es wäre zumindest notwendig, den mit dem Landeshauptmann in der Aussprache vom September ins Auge gefaßten Kompromißvorschlag weiterhin zu verfolgen. Dieser Kompromißvorschlag besteht darin, als bei Ablehnung des ursprünglich geforderten Anschlusses für Steyr an die Westbahn die Trasse zwischen Steyr und St. Valentin als erste Etappe technisch so ausgebaut werden müßte, daß sie dem Befahren für den sogenannten "Interregioverkehr" gerecht wird. Dabei bliebe die im Rahmen des gesamten Projektes vorgesehene Ausgestaltung der Westbahntrasse für den sogenannten "Intercityverkehr" unberührt. Besonders hingewiesen habe ich aber darauf, daß sich in der Zwischenzeit in der gesamten Problematik ein anderer Aspekt dadurch ergab, daß die Österr. Bundesbahnen im Rahmen eines Nahverkehrsvertrages mit dem Land Oberösterreich die Aus-

gestaltung des Hauptbahnhofes in Steyr beabsichtigen. Außerdem ist in unmittelbarer Bahnhofsnähe für den sogenannten "park- and ride"-Verkehr die Errichtung eines Parkdecks vorgesehen. Da die Verkehrssituation in der Stadt Steyr unbestrittenermaßen - sowohl was den fließenden als den ruhenden Verkehr anlangt - sehr ungünstig ist, wäre eine Mitbenutzung dieses Parkdecks, zumal es sich unweit der Stadtmitte befinden wird, für städtische Zwecke sinnvoll. Aufgrund dieses Umstandes habe ich den Herrn Landeshauptmann schriftlich gebeten, die diesbezüglichen Bauabsichten der ÖBB wohlwollend zu prüfen und zu veranlassen, daß das Land Oberösterreich so rasch als möglich mit der Generaldirektion der Österr. Bundesbahnen einen Nahverkehrsvertrag abschließt. Da das damit geplante Parkdeck ein Fassungsvermögen hätte, das über den eigenen Bedarf der ÖBB hinausgeht, ist von vornherein anzunehmen, daß sich die Stadt bei der Finanzierung in einem noch auszuhandelnden Ausmaß beteiligen müßte.

Soweit diese Mitteilungen.

Meine Damen und Herren, ich habe bei meiner letzten Vorsprache im BMW-Motorenwerk gebeten, eine Information zu erhalten über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Standortes Steyr für die Wirtschaft in unserem Raum insgesamt. Ich habe heute einen Brief von Herrn Dkfm. Dr. Durchschlag erhalten, den ich zur Kenntnis bringen möchte:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, gemäß Ihrem Wunsch nach näherer Information über die Einkaufszahlen von BMW insgesamt in Österreich bzw. der Einflüsse auf die österreichische Handelsbilanz, darf ich Ihnen folgendes mitteilen. Aus dem Bestreben, den österreichischen Einkaufsmarkt für BMW besser zu erschließen, aus Betriebsansiedlungen von Lieferanten infolge der Sogwirkung von BMW mitzunutzen, hat BMW ein eigenes Einkaufsbüro für Österreich in Steyr installiert. Im Jahre 1987 bezog die BMW-AG unter maßgeblicher Mithilfe dieses Einkaufsbüros aus Österreich ein Volumen von 1,7 Milliarden Schilling, ohne Motorenbezüge aus Steyr. Im Vergleich dazu waren es im Jahre 1978 eine halbe Milliarde Schilling. Die BMW-Motorengesellschaft in Steyr ihrerseits kaufte 1987 um 1,3 Milliarden Schilling Serienteile und Gemeinkostenmaterial in Österreich ein. 1979 waren es praktisch 0. Wenn man die Motorenbezüge der BMW-AG aus Steyr miteinbezieht, und zwar netto betrachtet, das heißt nach Abzug der Importe, so wie der österreichischen Einkäufe durch BMW-Motoren, so errechnet sich für 1987 eine Zahl von 5,1 Milliarden Schilling, die BMW insgesamt in Österreich handelsbilanzwirksam eingekauft hat. Damit ist durch die BMW-Nettoeinkäufe in Österreich der Import bei BMW-Fahrzeugen etwa vierfach überdeckt. Auf diese Weise trägt BMW ganz erheblich zur erfreulichen Autobilanz Österreichs bei, der zufolge statistischer Erhebungen des ARBÖ, zitiert in der Zeitschrift Freie Fahrt vom September 1988, die gesamten Autoimporte nach Österreich schon zu 90 Prozent durch Exporte von Kfz-Teilen und Komponenten gedeckt sind. Ich bin gerne zu weiteren Auskünften bereit usw." Ich glaube, das ist eine ganz interessante Mitteilung auch für die Mitglieder des Gemeinderates. Man sieht daraus, daß dieser Betrieb nicht nur für die Situation auf dem Arbeitsmarkt, sondern darüberhinaus wirtschaftlich von allgemeiner Bedeutung ist.

Soweit meine Mitteilungen.

Ich darf Sie nun bitten, die Beschlüsse des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS zur Kenntnis zu nehmen. Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt worden. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt der Gemeinderatseinladung bei.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Zu den Verhandlungsgegenständen kommend bitte ich Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Werte Damen und Herren, ich habe Ihnen 4 Anträge vorzutragen. Der erste Antrag betrifft die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr. Hier liegt ein Antrag des Stadtsenates vor und ich darf diesen zur Verlesung bringen.

1) K-5995/88

Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr;
Verleihung 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 14. 10. 1988 wird in Anerkennung der langjährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiet des Rettungswesens an folgende Personen die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr verliehen :

In Bronze (für eine mehr als 15jährige Tätigkeit):

Gadringer Rudolf, RK; Hehenberger Ronald, RK; Zeiml Hermann, RK; Foißner Hannelire, RK; Gumpoldsberger Waltraud, RK; Molterer Maria, RK; Stumreich Cäcilia, RK.

In Silber (für eine mehr als 20jährige Tätigkeit):

Eygruber Ingeborg, RK; Eibl Maria, RK; Friedl Herbert, RK; Herber Friedrich, RK; Huemer Peter, RK; Krenn Emmerich, RK.

In Gold (für eine mehr als 25jährige Tätigkeit):

Großbalber Leopoldine, RK; Baumgartner Peter, RK; Essl Adolf, RK; Jeloucan Werner, RK.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine gegenteilige Auffassung? Eine Enthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch im nächsten Antrag geht es um die Verleihung von Ehrungen, und zwar um die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt an Sportler und Funktionäre.

2) Sport-1522/88

Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt
Steyr an Sportler und Funktionäre.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Gebiete des Amateursportes außerordentliche Leistungen erbracht haben, wird als Anerkennung das "Sportehrenzeichen der Stadt Steyr" verliehen.

Sportehrenzeichen für Sportler:

IN BRONZE gemäß III/3 c der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie mindestens fünfmal Stadtmeister von Steyr in der gleichen Disziplin geworden sind).

Ploberger Alfred, Jahrgang 1932, Mitglied des ASKÖ Steyrer Windsurfklubs, fünf-facher Stadtmeister im Windsurfen.

Sportehrenzeichen für Funktionäre:

IN GOLD gemäß III/4 der Richtlinien (in Betracht kommen Männer und Frauen, die während einer 25jährigen Tätigkeit ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportorganisationen Außerordentliches für den Sport geleistet oder sich auf dem Gebiete des Körpersportes - Erziehung, Unterricht, etc. - besondere Verdienste erworben und das 50. Lebensjahr erreicht haben).

Bartenberger Berthold, Jahrgang 1925, Kassier des ARBÖ-Ortsclubs Steyr, 28jährige Tätigkeit. - Feicht Josef, Jahrgang 1926, Beirat und Mitglied der Kontrolle des ATSV Stein, 26jährige Tätigkeit. - Dir. Walter Moser, Jahrgang 1928, Hauptfunktionen beim SK Amateure und ATSV Steyr und im Öö. Tennisverband sowie beim ATV Steyr, seit 1987 Schriftführer des TC Grün-Weiß Steyr, 38jährige Tätigkeit. - Karl Erich Pistek, Jahrgang 1928, Sektionsleiter der Eishockeysektion des ATSV Steyr, weiters Obmann und derzeit Obmann-Stellvertreter des ARBÖ Ortsclubs Steyr, 25jährige Tätigkeit. - Dr. Herfried Wiesmayr, Jahrgang 1937, Obmann-Stellvertreter und seit 1979 Obmann des Allg. Turnvereines Steyr, 27jährige Tätigkeit.

Ich möchte Ihnen auch gleich den nächsten, ähnlich gelagerten Antrag, vortragen.

3) Sport-1522/88

Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Herrn Otto Kraft.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 8. 11. 1988 wird Herrn Otto Kraft, Jahrgang 1930, für seine 26jährige Tätigkeit in verschiedenen Funktionen sowie seit 1987 für seine Funktion als Sektionsleiter-Stellvertreter der Fußball-Sektion des ATSV Steyr in Anerkennung seiner Tätigkeit das Sportehrenzeichen in Gold für Funktionäre verliehen.

Ich glaube, ich kann mir die Begründungen bei den einzelnen Persönlichkeiten ersparen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch diese beiden Anträge gehört. Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine Gegenstimmen und auch keine Enthaltungen. Der Antrag ist so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

In meinem letzten Antrag, meine Damen und Herren, geht es darum, einem Steyrer Sportverein eine Subvention zur Sanierung des Sportplatzes zu gewähren. Es handelt sich um den ATSV Stein. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

4) Ha-6088/88

ATSV Stein; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 12. 10. 1988 wird dem ATSV Stein für unbedingt erforderliche Arbeiten zum Ausbau seiner Sportanlage eine außerordentliche Subvention in Höhe von S 150.000,- gewährt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 140.000,-- (einhundertvierzigtausend)

bei VSt 5/2690/777000.6 freigegeben und eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 10.000,-- (zehntausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich darf zur Ergänzung noch mitteilen, daß aufgrund folgenden Finanzierungsplanes dieser Antrag zustande gekommen ist. Seitens der Sportabteilung der Öö. Landesregierung ein Betrag von S 150.000, die Sanitätsabteilung der Landesregierung S 20.000,-, der öö. Fußballverband S 80.000,-, ASKÖ Oberösterreich S 30.000,-, Eigenleistungen des Vereines S 48.800, die Stadt Steyr S 150.000,-.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (GAL) angenommen. Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seine Berichte und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich erteile Kollegen Wippersberger das Wort.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen heute lediglich 2 Anträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Der erste Antrag ist ein etwas gewichtiger, es geht um den Nachtragsvoranschlag für dieses Jahr.

Bei Durchsicht des Ihnen zugegangenen Nachtragsvoranschlages - das ist bekanntlich dieses Buch - ist Ihnen sicherlich etwas aufgefallen, und zwar eine Neuerung aufgefallen. Bisher ist die Zahlung der Tilgung und der Zinsen aus einer einzigen Haushaltsstelle, Voranschlagsstelle, und zwar im Kapitel 9 Finanzwirtschaft, erfolgt. Nunmehr wurde erstmals eine Aufgliederung auf die einzelnen Haushaltsteilabschnitte vorgenommen. Daraus können Sie ersehen, für welche durchgeführten Vorhaben und in welchem Ausmaß Rückzahlungen geleistet werden müssen. Das ist sicherlich auch für Sie, meine Damen und Herren im Gemeinderat, wissenswert und interessant.

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube, ich kann mich kurz fassen. Es ist Ihnen nicht nur der Nachtragsvoranschlag, es ist Ihnen auch der Amtsbericht, der ziemlich umfassend ausgefallen ist, übermittelt worden. Dennoch erlauben Sie mir, daß ich dazu kurz Stellung beziehe.

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen!

Der Nachtragsvoranschlag, der die voraussichtlichen Veränderungen bei den Einnahmen und Ausgaben gegenüber dem Voranschlag zum Inhalt hat, weicht hinsichtlich der Einnahmen in diesem Jahr erheblich stärker vom Voranschlag ab als in den Jahren zuvor und zeigt insbesondere auf der Einnahmenseite ein für uns als Stadt überaus erfreuliches Bild für das heurige Jahr.

Aus diesem Nachtragsvoranschlag geht hervor, daß wir heuer mit Mehreinnahmen von voraussichtlich über 70 Millionen Schilling rechnen können. Das ist natürlich sehr erfreulich und es stellt sich natürlich sofort die Frage, warum wurde im Budget bei den Einnahmen eine um soviel zu niedrige Summe eingesetzt? War es eine Schlamperei oder war es Zweckpessimismus, die dazu führten, daß im Budget für dieses Jahr die Einnahmen um voraussichtlich mehr als 70 Millionen Schilling zu niedrig veranschlagt wurden? Das Wirtschaftswachstum wird in diesem Jahr in Österreich bei 3,5 Prozent zu liegen kommen und diese so erfreuliche Tatsache, mit der wir nicht rechnen konnten, hat zu wesentlichen Mehreinnahmen, insbesondere bei den Ertragsanteilen, der Lohnsummensteuer und auch bei anderen Steuereinnahmen geführt. Zweitens, eine weitere von uns nicht voraussehbare Ursache der Mehreinnahmen liegt in einer im vergangenen Frühjahr vom Finanzamt Steyr durchgeführten Steuerüberprüfung bei einigen Steyrer Firmen, die dazu führte, daß wir eine Gewerbesteuernachzahlung im Ausmaß von rund 28 Millionen Schilling bekommen haben. Drittens haben wir aufgrund unserer defizitären Einnahmenentwicklung in den Jahren 1986 und insbesondere 1987 nunmehr aus der Abrechnung der Abgabenertragsanteile Nachzahlungen in Höhe von mehreren Millionen Schilling bekommen.

Zusammengefaßt, wesentlich günstigere Wirtschaftsentwicklung in unserem Land in diesem Jahr, die Nachzahlungen aufgrund der schlechten Wirtschaftsentwicklung in den Jahren 1986 und 1987, aber vor allem die große Steuernachzahlung bei der Gewerbesteuer aufgrund einer Überprüfung durch das Finanzamt haben dazu geführt,

daß wir entgegen dem Voranschlag 1988 auf der Einnahmenseite ein wesentlich erfreulicheres Bild haben, daß wir den ordentlichen Haushalt entgegen aller Erwartungen in diesem Jahr zur Gänze durch Einnahmen abdecken können und sogar noch Rücklagen für das kommende Jahr 1989 zu bilden imstande sind. Und gerade das Letztere scheint mir besonders wichtig zu sein, da das kommende Jahr 1989 einnahmenmäßig für uns stark negativ verlaufen wird, verursacht durch die große Steuerreform, die bekanntlich mit 1. 1. 1989 wirksam werden wird.

Die Mindereinnahmen des Bundes aufgrund der großen Steuerreform führen dazu, daß die Länder und Gemeinden erheblich weniger Geld vom Bund bekommen. Der Österr. Städtebund und der Gemeindebund haben für das kommende Jahr für die Gemeinden Österreichs Mindereinnahmen aufgrund der Steuerreform in der Höhe von 2 - 2,5 Milliarden Schilling errechnet. Die für uns so überaus erfreuliche Einnahmementwicklung in diesem Jahr ermöglicht uns demnach nicht nur, den ordentlichen Haushalt im heurigen Jahr zur Gänze abzudecken, wir können damit - ich habe es bereits kurz erwähnt - auch noch Rücklagen bilden, die uns über das einnahmenschwache kommende Jahr 1989 zumindest teilweise hinweghelfen werden.

Werte Kolleginnen und Kollegen, und nun konkret zu einigen Zahlen, den ordentlichen und den außerordentlichen Haushalt betreffend.

Der ordentliche Haushalt erfährt auf der Einnahmenseite aufgrund der Mehreinnahmen eine Ausweitung von 577 auf 647,8 Millionen Schilling, also um 70,8 Mill. Die Ausgaben des ordentlichen Haushaltes können somit zur Gänze abgedeckt werden, und weitere 39,5 Mill., und zwar 38,4 Mill. durch Mehreinnahmen und 1,1 Mill. durch Minderausgaben werden den Rücklagen zugeführt.

Beim ordentlichen Haushalt gibt es auf der Ausgabenseite keine echten Überschreitungen. Den Mehrausgaben beim ordentlichen Haushalt in Höhe von S 15,500.000,- stehen Minderausgaben von S 16,600.000,- gegenüber. Das entspricht einer Abweichung gegenüber dem Voranschlag 1988 von weniger als 2,2 Prozent, genauer gesagt 18/100 Prozent. Man sieht bereits aus dieser Ziffer, wie genau und gewissenhaft bei der Erstellung des Budgets gearbeitet wurde. Eine größere Einsparung ziffernmäßig gab es bei den Personalkosten, nämlich 7,8 Millionen. Diese Einsparung von S 7,800.000,- an Personalkosten hat zweierlei Ursachen. Erstens hervorgerufen durch echte Personaleinsparungen und zweitens durch die Tatsache, daß das Ergebnis der Lohn- und Gehaltsverhandlungen in diesem Jahr erst mit 1. Juli anstatt mit Jahresbeginn wirksam wurde.

Und nun zum außerordentlichen Haushalt. Er erfährt eine budgetäre Ausweitung vom S 128,170.000,- auf S 131,584.000,-, demnach um S 3,414.000,- oder 2,6 Prozent. Es handelt sich aber auch beim aoH nicht um eine echte Ausweitung durch vermehrte Ausgaben - im Gegenteil. Den echten Mehrausgaben von insgesamt 13 Millionen stehen Minderausgaben von 30,3 Millionen Schilling gegenüber. Die Mehrausgaben rekrutieren sich insbesondere aus den Straßenbaumaßnahmen am Stadtplatz, in der Enge und dem Kanalbau Fischhub und Schlüsselhof.

Die Minderausgaben wurden verursacht, da ein geplanter Grundstücksankauf nicht zur Durchführung kam, aus der Zurückstellung einer Gebäudesanierung im Wehrgraben und aus der Tatsache, daß wir einige geplante Kanalbauten und damit zusammenhängende Straßenbauten nicht in Angriff nehmen konnten. Es handelt sich hierbei um den Kanalbau Steyrdorf - Wehrgraben, den Bau der Direktionsstraße und in diesem Zusammenhang um den weiteren Bauabschnitt des Kanalbaues in der Resthofstraße - Taschlried. Baumaßnahmen, die vom Land in der von uns eingereichten Form nicht bewilligt wurden, zum Teil neu ausgeschrieben werden müssen und daher voraussichtlich erst im nächsten Jahr zur Durchführung kommen können.

Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr erfreulich ist vor allem aufgrund der Mehreinnahmen auch die Rücklagenentwicklung und die Tatsache, daß es uns darüberhinaus auch noch gelungen ist, die Zunahme unserer Verschuldung ein wenig einzubremsen. Sie wird mit Jahresende 1988 deutlich niedriger sein als im Voranschlag budgetiert und bei rund 523 Millionen zu liegen kommen. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund S 13.400,-. Nicht gerade wenig, aber doch

nicht unerheblich weniger als veranschlagt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, damit will ich zum Schluß kommen. Bei dem Ihnen unterbreiteten Nachtragsvoranschlag handelt es sich - wie bei jedem Nachtragsvoranschlag - um die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben in diesem Jahr. Endgültige, genaue Daten, erfahren wir erst nach Abschluß des Jahres, wenn der Rechnungsabschluß vorliegt. Dennoch gibt der Nachtragsvoranschlag doch schon sehr weitgehend Aufschluß über die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung im heurigen Jahr. Zusammenfassend sei gesagt, unerwartet hohes Wirtschaftswachstum in unserem Land im heurigen Jahr, insbesondere aber glückliche Umstände haben erwirkt, daß nach den Dürrejahren von 1983 - 1987 - ganz besonders schlecht waren, ich erinnere Sie daran, einnahmemaßig für uns bekanntlich die Jahre 1986 und 1987, wo uns 1986 13,9 Mill. bzw. 1987 18,2 Millionen an Einnahmen fehlten, um den ordentlichen Haushalt, also unsere Pflichtausgaben, abdecken zu können - wir heuer erstmals wieder in der Lage sind, unsere Pflichtausgaben durch Einnahmen voll abzudecken. Also nach diesen Dürrejahren sind wir heuer doch wieder erstmals nach längerer Zeit wieder in der Lage, unsere Pflichtausgaben zur Gänze abdecken zu können. Das ist sehr erfreulich, aber wir dürfen keinesfalls in den Fehler verfallen, euphorisch zu werden. Ich sage das ganz bewußt und insbesondere im Hinblick auf unsere kommende Gemeinderatssitzung im Dezember, wenn es gilt, den Haushaltsvoranschlag für 1989 zu beschließen. Ich habe dies in meinen Ausführungen auch bereits begründet. Warum? Weil wir im kommenden Jahr 1989 mit echten größeren Mindereinnahmen rechnen müssen.

In diesem Sinne darf ich nunmehr den Ihnen vorliegenden Antrag, den Nachtragsvoranschlag 1988 betreffend, zur Verlesung bringen.

5) Ha-4200/87

Nachtragsvoranschlag 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß der Stadt Steyr vom 10. 12. 1987, Ha-4200/87, womit der Voranschlag 1988 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1988 wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt:

a) die Gesamteinnahmen von S 577,005.000,- auf	S 647,825.000,-
die Gesamtausgaben von S 609,420.000,- auf	<u>S 647,825.000,-</u>
somit ausgeglichen	S -,-

b) die Reineinnahmen von S 548,637.000,- auf	S 619,454.000,-
die Reinausgaben von S 581,049.000,- auf	<u>S 619,454.000,-</u>
somit ausgeglichen	S -,-

2. Der außerordentliche Haushalt:

die Gesamteinnahmen von S 128,170.000,- auf	S 131,584.000,-
die Gesamtausgaben von S 128,170.000,- auf	<u>S 131,584.000,-</u>
somit ausgeglichen	S -,-

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 10. 12. 1987, betreffend den Voranschlag für das Jahr 1988, bleiben unverändert. (BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Bericht, Kollege Holub hat sich zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte vorweg einmal an die hohe Beamtenschaft zwei Worte richten. Zum einen an die werte Schriftführerin, daß sie nicht Sorge haben muß, daß sie wieder so viel schreiben muß wie letztes Mal, und zum anderen

an Herrn Rechnungsdirektor Dr. Schmidl mit dem Dankeswort für die Gestaltung dieses Nachtragsvoranschlages, weil durch die Zuordnung der Kreditanteile bzw. der Kreditdienste im gesamten auf die einzelnen Anschlagsposten bzw. zumindest auf die Budgetgruppen. Es ist unterschiedlich durchgeführt worden. Dort, wo es machbar war, ist bis zur Ansatzpost die Kreditkostenzuordnung gewesen. Dafür möchte ich also wirklich danke sagen, weil damit in die Zukunft, zwar nicht heute, aber in die Zukunft eine noch bessere Möglichkeit zur Budgetplanung gefunden wurde. Sie erinnern sich vielleicht, daß ich in den letzten Jahren einen Wanderer auftreten habe lassen, der Atembeschwerden bekommen hat. Er hat dann im heurigen Jahr sogar schon an Bronchitis gelitten. Es heißt, diesem Wanderer ist es gar nicht so gut gegangen. Dieser Wanderer war das Budget unserer Stadt und diesem Wanderer ist jetzt ein erfreuliches Schicksal widerfahren, es ist ein Bernhardiner über seinen Weg gekommen. Dieser Bernhardiner hat ihm nicht nur ein Fäßchen zum Trinken gebracht, sondern er hat ihm auch noch eine kräftige Jause mitgenommen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Das muß der ARBÖ gewesen sein.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich nehme an, daß der Umweltstadtrat unserer Stadt sicherlich damit einverstanden ist, wenn der Bernhardiner ein Viecherl war, weil das umweltfreundlicher ist als der Pannwagen. Jedenfalls hat dieser Pannenhelfer unserem Wanderer eine gewisse Labung verabreicht. Dieser Wanderer - Budget der Stadt Steyr - ist in der Lage, nunmehr Atem zu holen. Wenn er es richtig macht dieser Wanderer, dann geht er den Weg in die Zukunft besonnen. Jeder weiß, daß, wenn jemand Hunger gelitten hat und er nimmt dann allzu schnell und allzu hastig Nahrung zu sich, und erhofft, daß er daraus neue Kraft für große Leistungen bringen kann, daß er daran scheitert. Im Normalfall wird ihm übel, aber er könnte sogar in Lebensgefahr geraten. Genau dieses wollen wir gemeinsam dem Budget unserer Stadt ersparen und die auch vom Finanzreferenten erbetene Ableitung aus der Erfahrung des heurigen Jahres treffen, werden wir bitte uns über eines im klaren. Wir sind froh, daß die Nachzahlungen gekommen sind, weil dadurch der langfristige Durchschnitt in den Einnahmen unserer Stadt wiederhergestellt ist, damit eine lineare Entwicklung wieder stattfinden kann. Aber werden wir nicht übermütig. Wir dürfen uns keineswegs einbilden, daß die Budgetlage mittlerweile konsolidiert ist durch die überraschenden Mehreinnahmen und daraus ableiten, daß wir etwa schon am Ziel wären. Wir dürfen uns auch nicht einbilden, daß wir, weil wir sehr viele Vorhaben im außerordentlichen Haushalt zurückgestellt haben. Über die Vernetzung der Ursachen hat Kollege Wippersberger schon gesprochen. Eine davon ist es, wenn man den Kanal nicht bauen kann, dann ist es auch zweckmäßig, die Straße nicht zu bauen. Aber eine andere ist, daß wir erklärte Schwerpunkte einfach nicht erfüllt haben. und daß diese erklärten Schwerpunkte in den nächsten Jahren kaum zu erfüllen sein werden, so daß die optimistische Stimmung, die man beim Lesen dieses Nachtragsvoranschlages kurzfristig einmal bekommen kann, langfristig kaum anhaltend sein könnte.

Zur Betrachtung dieses Nachtragsvoranschlages selber eine grundsätzliche Feststellung. Wenn man die Betrachtung der Vorjahre mit dem Vergleich der Kennzahlen, wie ich sie jetzt alle Jahre gebracht habe, die meisten von Ihnen damit gelangweilt habe, wirklich durchführen wollte, dann müßte man die nunmehr erzielten Mehreinnahmen jedenfalls teilweise absaldieren, nämlich in dem Ausmaß, als sie periodenfremd waren. Man müßte auch bei den einzelnen Anschlagsposten dann die Kreditdienste absaldieren - also wegrechnen - damit man auf plausible Betragsgrenzen käme. Musterbeispiel dafür ist das Kapitel 3, Kunst, Kultur, Kultus, wo dem aufmerksamen Leser auffällt, daß der Voranschlag 12 Millionen war und der Nachtragsvoranschlag S 20 Millionen. Wenn dieser Leser nur diese eine

Information zur Kenntnis nimmt, dann ist er zwar aufmerksam gewesen beim Lesen, aber nicht beim Mitdenken, weil gerade bei Kunst, Kultur, Kultus ja sehr vieles drinnen war, was an Kreditdienst herkommt. So daß also die Ausweitung von 8 Millionen durchaus nicht mutwillig oder fahrlässig herbeigeführt war, sondern tatsächlich in der Umstrukturierung der Kreditkosten aus dem Kapitel 9 in die jeweils zuzuordnende Gruppensumme, in dem Fall 3, stattgefunden hat. Über diesen Punkt bin ich selbst gestolpert und habe mir gedacht, das gibt es doch nicht, das müßte man doch wissen, und habe mir aufgrund dessen die einzelnen Zahlen durchgerechnet. Ich habe mir dann gesagt, wenn man die Zahlenfolge so weiterverfolgen würde wie die tabellarische Darstellung, die ich schon mehrfach geliefert habe, ist, oder wie sich das Kollege Pragerstorfer - Kompliment dafür - in kurzer Zeit selbst erarbeitet hat, dann gäbe das sehr irreführende Angaben, die noch dazu momentan nicht zweckmäßig wären.

Wir sollten also diese Betrachtung oder ich habe mir vorgenommen, diese Betrachtung des Nachtragsvoranschlages anders als sonst zu machen und ins Grundsätzliche mich zu reduzieren. Wir finden für heuer kaum vergleichbare Zahlen, nämlich ernst zu nehmende vergleichbare Zahlen gegenüber den Vorjahren. Es sei denn, daß wir diese ganzen Rechenexperimente hier nachvollziehen, das will ich allen ersparen, weil es jeder selber machen kann. Aber ich bitte nur eines, machen wir gemeinsam in der Zukunft nicht den Fehler, auf den Daten von heute nicht etwa die Prognose weiter aufzubauen. Wenn wir die Kontrolle außer Augen verlieren, weil wir glauben, jetzt ist alles in Ordnung, so sind wir in der Tat selber schuld. Die Gefahr für das Budget unserer Stadt bleibt nach wie vor bestehen, auch wenn einmal ein gewisser Einnahmerrückstand ausgeglichen wurde. Festzustellen ist nämlich jedenfalls, daß die Einnahmodynamik außerordentlich ungewiß ist, was Kollege Vizebürgermeister Wippersberger ja angeführt hat. Nicht nur wegen der Steuerreform und all den unabwgbaren Dingen, die daraus auf uns zukommen, sondern auch wegen der - im groben gesagt - unstabilen Wirtschaftslage unserer Stadt. Es hat eine spontane Wirtschaftsbelebung gegeben, von der man nicht weiß, ob sie der Anfang für eine Aufschwungperiode ist oder ob sie ein eher sehr hehes Aufflammen eines Strohfeuers war, das noch dazu eher von einzelnen Branchen hergekommen ist. Das gibt mir eigentlich recht in dem Bedenken, daß das nicht der Beginn einer Bergfahrt ist, weil ja die Überhitzung der Konjunktur im wesentlichen im Bereich Bau, Bauhilfs- und Baunebengewerbe zu sehen ist und ansonsten die Facetten eher sehr gering zu erkennen sind, daß es sich um einen generellen allgemeinen stabilen Aufschwung handelt. Also, die Eigendynamik ist jedenfalls sehr ungewiß. Meine Theorie in der Einnahmenentwicklung ist die der Linearität. Es wird also vermutlich im langfristigen Durchschnitt weitergehen und allfällige spektakuläre andere Ergebnisse sind Fehlhoffnung. Wenn es langfristig linear weitergeht, ist das schon Glück. Ich wage es zu bezweifeln, aber eine andere Budgetprognose wäre sicherlich falsch,

Aber eines ist sicher, die Ausgabensteigerungen. Das ist absolut sicher und bei der Erkenntnis müssen wir bleiben. Die Ausgaben, die unsere Stadt zu tätigen hat, seien es die Pflichtausgaben. oder seien es auch die notwendigen außerordentlichen Ausgaben. Siehe Kanalbau, siehe Straßenbau, die werden teurer, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht. Das ist unter anderem auch der Preis, den wir dafür zahlen, wenn das Wirtschaftswachstum eingetreten ist. Das ist unter anderem der Preis dafür, den wir zahlen müssen, daß die Bauwirtschaft vollbeschäftigt ist. Die Ableitung daraus ist, daß die Dienstleistung in der Bauwirtschaft schlicht und einfach teurer geworden ist. Wir wissen das, aus diesem Grund sind einzelne Vorhaben ja nicht in Angriff genommen worden. Daß die Ausgabensteigerungen zu erwarten sind, kann man auch aus der Fülle der unbewältigten Probleme unserer Stadt oder der noch nicht erledigten Probleme unserer Stadt ableiten. Es wird uns die Altstadt-Revitalisierung vermutlich weiterhin ein schweres Anliegen bleiben müssen. Ich sage extra ein schweres Anliegen, weil das nicht nur etwas Schönes ist, sondern auch etwas Teures für die Kommune.

Aber es geht einfach nicht, daß ein Teil unserer Stadt ruiniert wird, das heißt, zu Ruinen wird. Nicht mutwillig kaputt gemacht wird, sondern zu Ruinen wird, und daß wir auf der anderen Seite die grüne Wiese mit Neubauten verbauen. Das ist eine Erkenntnis, die wir ja gemeinsam haben, das ist ja nicht die Binsenweisheit des Karl Holub. Es steht fest, daß die Kanalisation weitergegraben werden muß, auch wenn wir für das nächste Jahr - es ist heute nicht die Zeit dazu - Kanalprojekte zurückgestellt haben, die im Haushaltsvoranschlag 1989 gar nicht drinnen sind. Z. B. der Kanal Christkindlsiedlung, wo wir der Meinung sind, daß das nicht unabänderlich notwendig sind, daß das nächste Jahr gemacht werden muß. Aber vielleicht übernächstes Jahr ganz dringend. Wir werden weiter die Infrastruktur unserer Stadt verbessern müssen und dabei recht unbedankt sein im Grunde genommen. Denn wenn die Infrastruktur stimmt, dann wird das der Bürger zur Kenntnis nehmen und sagen, ist in Ordnung. Auffällig falsch ist Infrastruktur nur dann, wenn sie fehlt oder nicht richtig vorhanden ist.

Wir werden auch das Thema Betriebsansiedlung als Stadt weiter forcieren müssen, damit wir Arbeitsplätze für unsere Bevölkerung zur Verfügung stellen. Ich stehe nicht an zu sagen, daß die Stadt hier sehr viel tut, aber es ist eine reine einfache Wahrheit, daß auch diese Bemühung auch in Zukunft Geld kosten wird. Wahrscheinlich nicht weniger als bisher und wir werden das Thema Wohnbau behandeln müssen und dafür auch Geld ausgeben müssen. Wahrscheinlich auch mehr denn je. Und, wir werden das wichtigste Detail der Ausgaben der Stadt auch weiter bedienen müssen, nämlich die Personalkosten. Auch wenn sich hier eine den Einnahmen entgegenläufige Entwicklung im heurigen Jahr abgezeichnet hat, das heißt, daß die Ansätze nicht ausgenützt wurden und die Personalkosten einen mittlerweile wieder geringeren Anteil des städtischen Haushalts bzw. des städtischen Einnahmenseinkommens darstellen. Die eine Zahl ist auf alle Fälle vergleichbar, nämlich die Personalkosten in Verhältnis gesetzt zu den Reineinnahmen der Stadt. Das ist die Zahl, die ich alle Jahre bringe und das ist eine absolut gültige Kennzahl. Das ergibt diesmal die Schnittlinie bei 35,9 Prozent. Im vergangenen Jahr waren das bei den Reineinnahmen 38,9 Prozent, wie wir uns alle noch erinnern, wobei es auch notwendig war, im vergangenen Jahr die Rücklagenentnahme tatsächlich mit zu berücksichtigen, so daß wir im vergangenen Jahr noch bei 41 Prozent an der Einnahmenkraft der Stadt gelegen sind. Die Summe aller Aufwendungen für Personalorgane und Pensionen beträgt 42,6 Prozent der Reineinnahmen. Im vergangenen Jahr waren es 48, fast 49 Prozent.

Noch einmal gesagt, es wäre falsch, die Ableitung aus dieser günstigen Entwicklung zu treffen, daß man dieses Problem tatsächlich bewältigt hätte. Die günstige Relation kommt nur von den unerwarteten Mehreinnahmen. Es gibt also hier noch immer Gelegenheit genug, nachzudenken um Rationalisierung, immer noch Gelegenheit genug um nachzudenken darüber, ob wirklich jede Dienstleistung in der Stadt und durch die Stadt selbst erledigt werden muß.

Zu den Ansatzposten des außerordentlichen Haushaltes möchte ich nicht in den Fehler verfallen, einzelne Punkte herauszunehmen, hervorzuheben, daß sie durchgeführt wurden oder zu kritisieren, daß sie nicht durchgeführt wurden. Ich hoffe nur inständig, wirklich inständig, daß die Positionen, die aus dem Bereich der Altstadtrevitalisierung weggefallen sind, - ich erinnere an den einen Punkt Frauenstiege, nur beispielhaft nicht ausschließlich. Nur beispielhaft. Oder an die Mayrstiege oder die vielen Wege im Altstadtbereich. Daß diese Punkte nicht in Ewigkeit wegverschoben werden können, sondern daß wirklich nur das Hinausziehen des Kanalbaues die Ursache gewesen sein könnte, daß diese Positionen nicht in Angriff genommen wurden. Sonst wäre nämlich das traurige Resümee zu ziehen, daß zwar man im Budget Ansatzposten zur Freude der Bevölkerung geschaffen hätte, die aber dann in praxi niemals vollzogen hätte. Ich unterstelle diese Absicht ausdrücklich nicht, habe aber die Hoffnung auszudrücken, daß die Vollendung der schon mehrfach budgetierten Maßnahmen doch in näherer Zukunft dem Bürger auch

zugute kommen möge.

Dem Nachtragsvoranschlag selbst gebe ich namens der ÖVP-Fraktion die Zustimmung, was nicht beinhaltet, eine Zustimmung zu jenen Punkten, bei denen wir mit der Antragstellung nicht mitgehen konnten. Dem Dr. Schmidl möchte ich noch einmal mein Kompliment zu Füßen legen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Der Nachtragsvoranschlag wurde vorgetragen von unserem Finanzreferenten und jede Partei nimmt meistens zu so einem Nachtragsvoranschlag Stellung und so auch ich als Vertreter der kommunistischen Partei. Ich beurteile diesen Nachtragsvoranschlag aus einer bestimmten Sicht. Der Nachtragsvoranschlag für das laufende Jahr zeigt, daß die Einnahmenerwartungen zu negativ, möchte ich sagen, von der Mehrheit des Rathauses eingeschätzt wurden. Über 70 Millionen Schilling wurden mehr eingenommen, wie Finanzreferent Wippersberger ausführte. Ich möchte sagen, eine derartige Einnahmensteigerung im ordentlichen Haushalt gab es in unserer Stadt Steyr noch nie. Die erfolgte Steuerprüfung, die schon einige Male angezogen wurde, von zwei Steyrer Betrieben führte bekanntlich dazu, daß es zu einer Nachzahlung an Gewerbesteuer von über 28 Millionen Schilling kam.
Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, das ist ja nur die eine Seite, die andere Seite ist nämlich die, daß durch die zurückhaltende Erstellung des Voranschlages eine Reihe von wichtigen Vorhaben und berechtigten Wünschen der Bevölkerung nicht in das Budget aufgenommen wurden. Gleichzeitig kam es durch Anträge der Mehrheitsfraktion auch zu enormen Erhöhungen der Gebühren und Tarife, die auch wesentlich zur Einnahmenerhöhung des ordentlichen Haushaltes beitrugen. Auf diese Weise, meine Damen und Herren, wurden den Steyrer Bürgern schätzungsweise weit mehr als 10 Millionen Schilling im laufenden Jahr aufgebürdet. Auch die mit 1. 1. 1988 nicht gewährte Gehaltserhöhung für die Beamten und Bediensteten der Stadt erbrachten Minderausgaben von mehr als 7,8 Millionen Schilling. Bekanntlich wurde ja die geringe Gehaltserhöhung, die ihnen zugestanden wurde, von einheitlich 330 Schilling monatlich erst ab 1. Juli d. J. gewährt. Es ist auch mir klar, daß es für unseren Kollegen Finanzreferenten Vizebürgermeister Wippersberger nicht leicht ist, in der sogenannten freien Wirtschaft 100 %ige Prognosen der Wirtschafts- und Steuerentwicklung einzuschätzen. Denn die österreichische Wirtschaft wird immerhin heuer immerhin stolze 3,5 Prozent wachsen. Das ist die höchste Wachstumsrate möchte ich sagen in diesem Jahrzehnt. Sowohl das Wirtschaftsforschungsinstitut als auch das Institut für höhere Studien haben ihre Prognosen auf diesen erfreulichen Wachstumswert nach oben korrigiert. Noch im Juni waren sie noch von 2,5 Prozent, im Jänner gar nur von mageren 1 Prozent Wachstum der Wirtschaft ausgegangen. Dieser unverhoffte Wirtschaftsaufschwung geht ja zu einem großen Teil auf eine unerwartete positive internationale Konjunktur zurück. Der Export ist dadurch in den vergangenen Monaten zusehends zum Motor der freundlichen Wirtschaftsentwicklung geworden. Aber auch der gesteigerte Inlandskonsum und die rege Bautätigkeit sowie auch der Tourismus sind ja, wie Sie wissen, wichtige Konjunkturstützen unseres Landes. Es kam auch zur Belebung von Investitionen, die Investitionstätigkeit war im ersten halben Jahr wie wir wissen noch eher schwach, doch im zweiten halben Jahr kam es zu einem, möchte ich sagen, kräftigen Ansteigen, weil es auch zu Vorzieheffekten im Zusammenhang mit der Steuerreform 1989 gekommen ist. Überaus günstig wirkt sich auch der Konjunkturschub für unsere Stadtfinanzen aus, wie wir gesehen haben, aber auch die Staatsfinanzen. Denn die Budgetexperten schätzen die konjunkturbedingten Mehreinnahmen allein des Bundes auf rund 4 Milliarden Schil-

ling. Aber auf die Arbeitslosenrate auch in unserer Region wirkte sich die günstige Konjunktorentwicklung wenig aus, denn die Arbeitslosenrate wird heuer, so rechnet man, nur um 0,2 Prozent niedriger ausfallen, denn die Produktionssteigerungen zu denen es kam, werden überwiegend mit dem verringerten bestehenden Personal bewältigt. So natürlich auch in unserer Region Steyr, wie dies Bürgermeister Schwarz über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation zu Beginn dieser Sitzung uns vortrug.

Wir haben nun seit zwei Jahren zwischen 2.000 und 3.000 Arbeitslose in der Region, bedauerlicherweise, und darunter immer mehr Frauen. Ein hoher Prozentsatz davon, wie Sie auch selbst wissen, sind Jugendliche.

Nun, meine Damen und Herren des Gemeinderates, einige wenige Bemerkungen zum außerordentlichen Haushalt. Im außerordentlichen Nachtragsvoranschlag für 1988 kam es, wie wir auch heute schon gehört haben, zu Mehreinnahmen vor allem durch die getätigten Gebäude- und Grundstücksverkäufe von rund 20 Millionen Schilling, genau 19,7 Millionen Schilling. Insgesamt wurden im laufenden Jahr um rund 45 Millionen Schilling Gemeindehäuser und Grundstücke verkauft. Durch die Veränderung von geplanten Vorhaben kam es zu Minderausgaben in der Höhe von rund 17,3 Millionen Schilling. So wurden z. B. geplante Grundstückskäufe um 7 Millionen Schilling für wirtschaftliche Maßnahmen nicht getätigt. Außerdem wurde der Betrag für die notwendige Sanierung der gemeindeeigenen Häuser im Wehrgraben, nicht nur der Mayrstiege oder anderer Stiegen, z. B. Frauenstiege, von vorgesehenen 6 Millionen Schilling um 5 Millionen Schilling auf 1 Million Schilling reduziert. Ebenso wurden für den Straßenbau und für die Brückenerhaltung im Stadtteil Wehrgraben um 4,5 Millionen Schilling weniger ausgegeben. So erfolgten in dem meiner Meinung nach sehr sanierungsbedürftigen Wehrgraben Minderausgaben von 10,5 Millionen Schilling nur durch diese Posten.

Außerdem, meine Damen und Herren, wie Sie wissen, wurden diverse geplante Vorhaben nur teilweise oder überhaupt nicht in Angriff genommen. Dem gegenüber wurden im Budget vorgesehene Förderungen in Millionenhöhe an Fabrikanten und an ausländische Unternehmer sehr wohl eingehalten. Wie schon eingangs von mir erwähnt, verringerten sich die Personalkosten von rund 230 Millionen Schilling um 7,8 Millionen Schilling auf rund 222,2 Millionen Schilling. Aber gleichzeitig, meine Damen und Herren, steigen die Ausgaben laut Nachtragsvoranschlag für die Gemeindepolitiker und Politikerpensionen um 144.000 Schilling auf insgesamt 10,580.000 Schilling. Es ist den Damen und Herren des Gemeinderates sicher bekannt, daß ich schon bei der Erstellung des Voranschlages 1988 wörtlich erklärte, wollen Sie noch eine Glaubwürdigkeit bei Ihnen zum Ausdruck gebrachten Sparappellen erhalten, so sei es höchst an der Zeit, eine deutliche, sichtbare Senkung der Bezüge durchzuführen. Ich schlug, wie Sie wissen, damals vor eine Reduzierung der Politikerbezüge aufgrund eben der prekären Budgetsituation um ein Drittel. Nun ist in den letzten Tagen die Frage der Politikerbezüge ins Rollen gekommen. Dabei kann man Schlagzeilen in den Zeitungen lesen, wie Multifunktionäre auf Gemeindeebene verdienen sogar mehr als Regierungsmitglieder. Und die jungen oberösterreichischen sozialistischen Gemeinderäte fordern - gestern zumindest haben sie eine Pressesaussendung darüber gegeben - daß die Summe aller Einkommen eines Mandatsträgers nicht das Siebenfache eines Industriearbeiters von derzeit durchschnittlich S 9.800,- übersteigen darf. In Zahlen wären dies rund 70.000 Schilling. Weiters fordern die jungen sozialistischen Gemeinderäte, daß jeder Politiker, dessen Einkommen diese Höchstgrenze bereits erreiche, überhaupt keinen Politikerbezug erhalten solle. Außerdem, meine Damen und Herren wissen Sie selbst, gibt es ja bereits seit Mai dieses Jahres einen einstimmigen Entschließungsantrag des Nationalrates, der auch Ihnen bekannt ist, der besagt, daß einem Politiker aus politischen Funktionen kein höheres Einkommen gebühren kann als einem Mitglied der Bundesregierung.

Aber meine Damen und Herren, bei dieser Feststellung ist es auch bis heute geblieben und geändert hat sich auf diesem Gebiet überhaupt nichts. Weder das Land Oberösterreich noch auf Gemeindeebene kam man diesen vom Nationalrat erstellten Richtlinien nach.

Abschließend möchte ich feststellen, wenn auch die Verschuldung der Stadt Steyr geringer ausgefallen ist als budgetiert, beträgt diese mit Ende 1988 immerhin 523 Millionen Schilling und zeigt gleichzeitig damit die schlechte Finanzlage der Stadt auf. Ich glaube, der Appell, den Vizebürgermeister Holub hier gerichtet hat, wir sollen aufgrund der günstigen Budgetsituation nicht übermütig werden, - ich glaube, aufgrund dieser Sachlage haben wir keine günstige Situation mit einer Verschuldung einer Stadt wie Steyr mit 40.000 Einwohnern, die immerhin schon 523 Millionen beträgt. Nach dem uns zugeschickten Voranschlag für 1989 wird sie weiter ansteigen um weitere 10 Prozent und ich glaube mich nicht zu irren, daß dort beinhaltet ist, daß wir um 57 Millionen Schilling mehr verschuldet sein werden Ende 1989. Aber trotzdem, meine Damen und Herren, für die Stadt ist es erfreulich, daß der Stadthaushalt 1988 ausgeglichen werden konnte, denn es ist auch eine Tatsache, daß unsere Stadt nun nach Jahren wieder zu den immer weniger werdenden oberösterreichischen Gemeinden zählt, die über einen ausgeglichenen Haushalt verfügen.

Dem Rechnungswerk des Nachtragsvoranschlages 1988 gebe ich namens meiner Fraktion die Zustimmung, natürlich einbezogen meiner kritischen Stellungnahme, die ich ja auch heute wieder zum Ausdruck gebracht habe. Gleichzeitig möchte ich auch feststellen, daß mein Abstimmungsverhalten zu den Gemeinderatsbeschlüssen im Jahre 1988 natürlich voll aufrecht bleibt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch Kollegen Tremml für seinen Beitrag. Kollege Gemeinderat Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich das so anhört, kann man sagen, Schwein gehabt, noch einmal davongekommen, alles nicht so wild geworden - oder doch nicht? Das Jahr 1988 hat ja schön schaurig angefangen. Düstere Zahlen wohin man schaut, trotz einiger Bemühen eine überdurchschnittlich hohe Kreditaufnahme, bei all den bösen Voraussichten, bei all den dunklen Voraussichten. Und trotzdem ein gutes. Endlich einmal hat man, weil man die Zeichen der Zeit erkannt hat, sich aufge- rafft auch etwas zu tun und ein Sparjahr - wie ich so gehört habe - ausgerufen. Ich muß böserweise dazu bemerken, in den paar Monaten, in denen ich im Gemeinderat bin, habe ich vom Sparjahr nicht sehr viel bemerkt, aber vielleicht ist das vorher passiert. Leider und Gott sei Dank ist es nicht so gekommen wegen der Kreditaufnahmen, wegen der Wirtschaftsentwicklung, leider sind die halbherzigen Versuche damit schon wieder dort, wo ich sie nicht haben möchte, nämlich vergessen. Das Jahr 1989, der Budgetvoranschlag für das Jahr 1989 zeigt eine deutliche Sprache, wir sind wieder dort, wo wir in den Jahren vorher waren, Geschäft wie gewöhnlich. Das heißt, die für das, was eigentlich getan werden müßte, sowieso schon halbherzigen Versuche bei der Rationalisierung, um die Personalkosten in den Griff zu kriegen, bei der Streckung und Verschiebung von Investitionen, um den Anstieg der Verschuldung zu dämpfen, will man jetzt wahrscheinlich wieder einmal die Bremse ziehen und sagt, war ja nicht nötig, wir haben uns unnötig ins Boxhorn jagen lassen. Wir hätten uns alles viel billiger machen können, hätten wir einfach getan, wie wir sonst auch tun, ist ja eh alles gut gegangen.

Kollege Holub hat, nachdem wir beide die Leidenschaft des Zahlenspiels entdeckt haben, schon vorweggenommen einen großen Teil. Ich kann ihm nur beipflichten. Längerfristig sind wir in schwierigen Verhältnissen, die Steuereinnahmen der Stadt zeigen die fatale Neigung zum Stagnieren. Wenn man also die Konjunktur hernimmt und sagt, sie wird uns nicht zusammenbrechen, haben wir immer noch das Problem, daß wir nicht wissen, wie sich die Strukturveränderungen in Steyr auswirken. Wir haben tausende Arbeitslose. Was ist, wenn die Leute alle wegziehen und sich woanders eine Arbeit suchen und wir haben bei der nächsten Bemessung, bei der nächsten Untersuchung der Bevölkerungsentwicklung wieder ein paar tausend Leute und wieder entsprechende Prozent Bundesanteile weniger. Was ist, wenn es nicht gelingt, weitere Unternehmen anzusiedeln, was ist wenn der Konkurrenzkampf mit den Umlandgemeinden bei der Gewerbeansiedlung oder beim Halten des Gewerbes zu unseren Ungunsten ausgeht? Was ist, wenn wir uns darauf einstellen müssen, Jahr für Jahr günstigstenfalls die Steuereinnahmen zu halten? Vielleicht sogar - nächstes Jahr wird es uns wahrscheinlich ohnehin passieren aufgrund der Steuerreform - kleinere Einbußen bei den Steuereinnahmen akzeptieren zu müssen. Auf der anderen Seite haben wir unsere schönen großen Kosten, Personal - ich möchte bei der Gelegenheit, was ich schon öfter im kleinen Kreis gesagt habe, auch im großen Kreis hier sagen. Ich bin als Gewerbetreibender sehr interessiert an sehr vielen gut bezahlten Beamten, an Leuten, die ein sicheres und hohes Einkommen haben, denn das sind auch Leute, die sicher dieses Einkommen konsumieren, weil sie ja weniger Angst haben und deswegen nicht so sehr neigen, das Geld zu sparen. Aber die Stadt muß sich das natürlich leisten können. Die durchschnittlichen Zuwächse der Personalkosten in den letzten Jahren sind leider bei weitem über den durchschnittlichen Zuwächsen der Steuereinnahmen. Das heißt, wenn man die Investitionen so weiterbetreibt, wie man es bisher getan hat, auch überdurchschnittliche Zuwächse im Verhältnis zu den Einnahmen bei der Schuldenaufnahme. Das Jahr 1988 hat sich also nach einem Ausreißer wieder hingebügelt, das Jahr 1989 schaut so aus, als ob es wieder so werden würde wie bisher. Mitte der 90iger Jahre, Kolleginnen und Kollegen, wird es wirklich ernst, da kann die Stadt nur drei Dinge tun. Erstens Steuern einnehmen, zweitens die Beamten bezahlen und drittens die Schulden bezahlen. Alles, was dann noch bleibt, wird unter ferner liefen sein. Also alle unsere wunderschönen Vorstellungen und Ideen zur Altstadt-sanierung - vielleicht gibt es auch am Umweltsektor mehr Probleme, Altlasten bei Deponie oder diese Dinge - können wir uns entweder schenken oder werden im Verhältnis zu dem, was wir bisher gewohnt waren, sehr viel schwieriger durchzuführen sein. Jetzt, in diesem Jahr, in den nächsten Jahren, haben wir noch mehr Wahlfreiheit in der Wahl der Mittel und Möglichkeiten. Besonders wenn man bei dem Sektor Personalkosten etwas unternehmen will, da kann man nicht sehr kurzfristig etwas machen. Das muß lange vorbereitet sein und wird sich nur mittelfristig auswirken.

Bei den Investitionen sehen wir eh schon, jeder freut sich, wenn aus irgendwelchen Gründen immer eine Investition verschoben werden kann, Gott sei Dank wieder ein paar Schulden weniger. Trotzdem sind wir bei der Höhe unserer Gesamtschuld schon bei der Höhe unserer Einnahmen, wobei nicht dazugerechnet ist bitte schön der Reinhaltverband. Es schaut so aus, als ob die zentrale Kläranlage und das ganze zusammenhängende Kanalnetz der Stadt Steyr das letzte Großprojekt ist,

das noch halbwegs zügig und halbwegs nach unseren Wünschen wir uns leisten können. Das nächste Großprojekt müssen wir uns schon leisten, das heißt, die Schulden in den Griff zu bekommen. Wir sind jetzt schon bei 35 Millionen Schilling Zinsen, wenn ich so ungefähr informiert bin. Das wird wunderschön steigen und irgendwann passiert uns das, was dem Bund auch passiert - wenn die ein paar Jahre vorher rechnen und sagen, wenn wir so weitertun wie jetzt, dann explodiert uns in ein paar Jahren die Schuldenentwicklung. Das geht so nicht, das geht einfach nicht.

Das heißt, Mitte der nächsten Legislaturperiode gibt es größere Verteilungskämpfe. Wer wird denn da übrig bleiben? Die Beamten, da geht nichts, die Banken - Kollege Holub wird Ihnen das gerne bestätigen - die werden sich auch nicht gerne die Rückzahlungen und die Zinszahlungen einfach so wegnehmen lassen, bleiben also Investitionen in erster Linie und alles andere, wo keine starke Lobby dahintersteckt. Es gibt aber noch viele andere Dinge, die auf uns zukommen. Steigende Anzahl von Frauen, die gerne einen Arbeitsplatz haben wollen. Der Zuwachs auf dem Arbeitsmarktsektor in den nächsten Jahren ist verbunden für die Stadt mit steigender oder zumindest stagnierender Anzahl von Kindergartenplätzen, die gewünscht wird. Da wird es trotz weniger Kinder nichts zu holen geben. Viele ältere Leute, also stark steigende Kosten bei der Altersversorgung, in Krankenhäusern. Sie alle wissen, wie kapital- und kostenintensiv die Altenversorgung ist. Wie soll man denn das alles bewältigen? Wir werden irgendwann einmal, wenn wir jetzt das nicht machen, in fünf oder sechs Jahren unter noch viel schwierigeren Bedingungen, mit noch viel höheren Schulden, noch viel mehr Ausgaben für Zinszahlungen und Schuldentrückzahlungen vor genau denselben Problemen stehen.

Ich möchte gerne anerkennen, Kolleginnen und Kollegen, daß sicher einige Maßnahmen gesetzt worden sind, um die Zeichen der Zeit, die erkannt worden sind, auch in Aktionen umzusetzen. Ich möchte nur sagen, im Verhältnis zur Entwicklung der Zahlen, die Sie sich alle gerne anschauen können, ist es zu wenig. Ich hätte es auch gerne anders, aber es ist einfach zu wenig. Je länger wir warten, desto schlimmer wird es für uns werden.

Ich möchte diesem Budget-Nachtragsvoranschlag aus diesem Grund auch nicht zustimmen, ich möchte aber auch nicht sagen, daß ich gegen die Entwicklung bin. Sie hat ihre erfreulichen Seiten, wie man gesehen hat. Ich werde mich also in diesem Fall der Stimme enthalten. Ich werde meine Warnungen fortsetzen, ich habe ja nicht die Macht, das zu ändern, ich werde alle meine Möglichkeiten nützen, auch in der Öffentlichkeit, diese Warnungen den Steyrer Bürgern immer wieder vor die Nase zu halten.

Danke schön.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch Kollegen Pragerstorfer für seine Ausführungen. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Dieser Nachtragsvoranschlag birgt ja tatsächlich einige Überraschungen in sich, aber nicht nur erfreuliche, wie der Herr Finanzreferent meint, sondern auch einige negative Aspekte, auf die ich noch zurückkommen werde. Im ordentlichen Haushalt sind die Einnahmen laut Voranschlag von 577,005.000 Schilling auf 647,825.000 Schilling gestiegen. Das entspricht einer Steigerung der Gesamteinnahmen von 12,3 Prozent und wirft die Frage auf, ob nicht doch bei der Erstellung des Voran-

schlages 1988 etwas zu "vorsichtig" zu Werke gegangen wurde, um jetzt gut da zu stehen. Deutlich ist die Verschätzung der Einnahmen in der Gesamtübersicht nach Gruppen erkennbar.

Die Gruppe 9 Finanzwirtschaft weist allein um 16,4 Prozent höhere Einnahmen als erwartet aus. Nämlich nicht 353,838.000 Schilling, sondern 411,693.000 Schilling. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, daher kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß beim Budgetvoranschlag absichtlich etwas tiefgestapelt wurde, wenn man weiters folgende Einnahmenerhöhungen und die Entwicklungen im einzelnen betrachtet.

Die Bundesertragsanteile stiegen von 201 Millionen auf 211 Millionen Schilling, das ist eine Steigerung um 5 Prozent. Die Getränkesteuer stieg von 21,5 Millionen auf 22,5 Millionen, das ist eine Steigerung von 4,7 Prozent. Die Lohnsummensteuer von 68 Millionen auf 77 Millionen Schilling, das ist eine Steigerung um 13,2 Prozent und jetzt kommt es dann ganz dick - die Gewerbesteuer von 25 Millionen auf 55 Millionen Schilling, das entspricht einer Steigerung von 110 Prozent. Um nur auf einige Verschätzungen in diesem Bereich hinzuweisen, die sich jetzt zweifelsohne positiv bemerkbar machen.

Nun, meine Damen und Herren, zu den Ausgaben im ordentlichen Haushalt. Auch diese sind angestiegen, nämlich von 581,049.000 Schilling auf 619,454.000 Schilling. Das entspricht einer Steigerung von 6,3 Prozent und sieht in der Gesamtübersicht nach Gruppen folgendermaßen aus. In der Gruppe 0, das ist Gemeinderat und allgemeine Verwaltung, weitete sich dieser Bereich von 116,637.000 auf rund 120,3 Mill. aus und bedeutet, daß bereits 19,4 Prozent der gesamten Reinausgaben auf diese Gruppe entfallen. 1986 waren es noch 113,7 Millionen Schilling. Bei der Gruppe 6, Straßen, Wasserbau, Verkehr, mußten gleich um 114 Prozent mehr ausgegeben werden als im Voranschlag aufscheinen. Hingegen entfielen auf die Gruppe 9 Finanzwirtschaft nur 74,2 Prozent der geplanten Ausgaben, nämlich 65 statt 88 Millionen Schilling. Es wurde ja bereits darauf hingewiesen, daß daher einige geplante Vorhaben nicht durchgeführt wurden.

Das, meine Damen und Herren, waren nur einige prägnante Beispiele von Abweichungen gegenüber dem Voranschlag.

Nun noch einige Zahlen und Überlegungen zu Ausgaben hinsichtlich Detailbereichen des ordentlichen Haushaltes.

Die Aufwendungen unter dem Titel Personalkosten, Voranschlagsstelle 599900 wurden um 63,5 Prozent ausgeweitet. Die Pensionen und sonstige Ruhebezüge, die ja die von uns abgelehnten Stadtratspensionen beinhalten, belaufen sich bereits auf 2,380.000 Schilling, laut Rechnung 1986 waren es 2,174.288 Schilling. Also Mehrausgaben in diesem Zeitraum von fast 10 Prozent. Ebenso haben sich die Personalkosten bei der Pressestelle - Amtsblatt und Öffentlichkeitsarbeit - im Vergleich zur Rechnung 1986 und Nachtragsvoranschlag um 20,2 Prozent von 1,064.565 auf 1,279.000 erhöht, um wiederum nur bei einigen Beispielen zu bleiben. Resümee am Ende dieses Ausgaben-Zahlenwerkes - Rücklagen deshalb möglich, weil höhere Einnahmen als erwartet, Schuldendienst im ordentlichen Haushalt laut Voranschlag 1988 insgesamt 60,6 Millionen, das ist gleich 9,8 Prozent der Reineinnahmen. Darauf komme ich aber in der Betrachtung der Gesamtübersicht des Schuldendienstes noch zurück, weil sich da eine Änderung ergeben hat.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, der außerordentliche Haushalt ist mit nunmehr 131,584.000 Schilling Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben bei einer geringen Abweichung von 2,7 Prozent gegenüber dem Voranschlag ausgeglichen.

Nun zu den angeführten Anmerkungen über den Schuldendienst. Aus dem Nachweis geht hervor, daß für Tilgung und Zinsen unseres Schuldenberges im ordentlichen Haushalt zwar um 3,3 Millionen Schilling weniger, aber trotzdem die horrende Summe von 57,5 Millionen Schilling ausgegeben werden muß. Das bedeutet gesamt eine Pro-Kopf-Verschuldung von 13.400 Schilling und bedeutet weiter eine Gesamtverschuldung

unserer Stadt von 523 Millionen Schilling Ende des Jahres 1988. Eine sehr interessante Entwicklung, meine Damen und Herren, zeigt sich in der Übersicht des Schuldendienstes im außerordentlichen Haushalt. Statt der geplanten Darlehensaufnahmen von 63,270.000 Schilling laut Voranschlag 1988 wurde die Neuverschuldung auf 39,684.000 Schilling reduziert. Diese Neuverschuldung wäre nicht notwendig gewesen, hätte man auf die auf Seite 31 angeführte Rücklagenzuführung in Höhe von 39,548.000 im ordentlichen Haushalt verzichtet. Man nimmt aber lieber in Kauf, neue Schulden zu machen mit 8 - 10 Prozent Zinsen, um mit Rücklagen aufzuwarten, die beim Voranschlag 1988 nicht vorgesehen waren. Die Frage, was bringt bzw. was kostet mehr, Einlagezinsen für 39,548.000 Schilling oder Darlehenszinsen für 39,648.000 Schilling, beantwortet sich wohl von selbst. Das ist etwa so, als wenn jemand um anderen zu imponieren, ein Sparsbuch vorzeigt, für dessen Einlage er sich aber vorher einen Kredit nehmen mußte. Jedenfalls, meine Damen und Herren, ist das schon eine unbegreifliche Enttäuschung. Abschließend darf ich festhalten, daß es mehrere positive Aspekte in diesem Voranschlag gibt, ich aber namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion aus Gründen der angeführten Kritik in einigen Bereichen diesem Nachtragsvoranschlag sowie dem Voranschlag 1988 die Zustimmung nicht geben werde.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Pimsl ist der Nächste.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Nicht allzu oft hatten wir bei Gemeinderatsitzungen die Gelegenheit, vom Finanzreferenten einen Bericht zu bekommen, der von so positiven Entwicklungen während des letzten Jahres berichten konnte. Eine Entwicklung, die trotz aller Jammerei mancher Diskussionsredner durchaus positiv zu bewerten ist. Ein kräftiges Lebenszeichen glaube ich der Steyrer Wirtschaft und nicht irgend ein Bernhardiner, der uns am steinigen Weg labte, sondern die Steyrer und Steyrerinnen sind es. Die Wirtschaft genau so wie die Menschen, die hier wohnen, weil wir auch den Menschen sagen mußten, daß sie einen Teil zur Verbesserung unserer finanziellen Situation durch Erhöhung von Abgaben und sonstigen Beiträgen leisten mußten. Ich glaube, daß wir uns darüber im klaren sein mußten, daß wir ja nicht allerorts erkennen konnten, daß die Konjunktur auch in Österreich eine Entwicklung genommen hat, die am Jahresbeginn nicht einmal von den besten Fachleuten vorausgesehen werden konnte. Ich bin überzeugt, daß es zum Jahresabschluß nicht 3,5 Prozent Wirtschaftswachstum geben wird, sondern wahrscheinlich 3,8 bis 4 Prozent. Umso erfreulicher für die Stadt und die Menschen. Ich glaube, das ist es, was wir hier von der Wirtschaft und von der Entwicklung sagen können. Ein Silberstreif, wie ich schon sagte. Wir werden vielleicht erst in einem Jahr erkennen können, ob diese Maßnahmen sich weiter so entwickeln, ob wir durch unsere eigene Unterstützung der Wirtschaft und anderer Maßnahmen, vor allem durch eine sparsame Ausgabenpolitik zur Sanierung unserer eigenen Finanzen auf dem richtigen Weg sind. Wir sind auf dem Weg, aber wir sind noch nicht am Ende dieses Weges angelangt und es steht noch ein erhebliches Stück vor uns. Ich glaube, wir müssen daher - ich möchte mir ersparen, Zahlen zu wiederholen, die Ihnen ja bekannt und vertraut sind - durch überlegtes Handeln, durch eine sparsame Ausgabenpolitik Prioritäten setzen. Ich bin auch dagegen, Kolleginnen und Kollegen, daß man hier plakativ durchaus legitim gewisse Notwendigkeiten in den Raum stellt, sondern wir sollten gemeinsam Möglichkeiten und Notwendigkeiten nach einer breiten Konsensbasis suchen, um das Beste für die Stadt und ihre Bewohner für die Zukunft zu tun. Natürlich ist jedem von uns geläufig, daß man Stadtteile sanieren muß,

daß man Gebäude, Fassaden, erhalten muß. Aber für meine Fraktion ist es wesentlich, daß alle Bürger dieser Stadt in gleicher Weise an der Entwicklung dieser Stadt teilhaben dürfen und nicht nur ein bestimmter Bereich oder ein bestimmter Teil unserer Mitbürger. Ich glaube, das ist eine ganz wesentliche Politik der Sozialdemokraten, daß wir hier ausgewogene Schritte unternehmen und nicht nur Einzelprojekte, die, so sehr sie auch begrüßenswert sind, aber nicht unbedingt zu jeder Zeit auch Vordringlichkeit oder Vorrangigkeit haben.

Ich glaube, Kolleginnen und Kollegen, um auf den Beitrag von Kollegen Pragerstorfer einzugehen. Mir ist durchaus bewußt, daß Kollege Pragerstorfer meint, daß es eher Zufälligkeiten sind, daß diese Mehreinnahmen entstanden sind. Ich glaube aber und ich wiederhole es, daß das sicherlich auf den Fleiß dieser Bürger zurückzuführen ist. Natürlich sind auch Einnahmen mit dabei durch Nachzahlungen, die sich eben ergeben. Aber auch wir wissen, daß nicht durch Selbstanzeigen höhere Beiträge hereinkommen, weil da oder dort noch welche vergessen haben, ihre Ausgaben zu deklarieren.

Ich sage auch eines, Kolleginnen und Kollegen, das gilt für mich und ich spreche in diesem Fall für mich. Es ist schön langsam fad, immer wieder hören zu müssen von Kollegen Treml, daß unsere Politikerbezüge - hier geht es um die Bezüge der Gemeinde- und Stadträte, weil wir ja in der Stadt Steyr sind und nicht anderswo - zu hoch seien. Ich glaube, daß der Bezug, den ich bekomme, nicht zu hoch ist. Ich bin auch bereit und war es immer, ohne zu fragen, was bekomme ich dafür, das Beste für meine Aufgabe, die mir übertragen wurde, zu tun und nicht ständig zu lamentieren, daß jeder Politiker zu teuer ist. Ich glaube, wir leisten uns selbst keinen guten Dienst, meine Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir ständig, wenn ein Diskussionsredner an das Rednerpult tritt und uns und sich selbst vorwirft, daß wir zu hohe Bezüge haben, etwa mit eingezogenem Kopf herumsitzen müssen, um uns nicht vor der Öffentlichkeit zu schämen. Wir brauchen uns, so bin ich der Auffassung, nicht zu schämen. Aber man darf auch von uns erwarten, daß wir für das Geld, das wir bekommen, etwas leisten. Das sollte unsere Grundlinie und unsere Grundidee sein. Dazu bekenne ich mich.

Ich glaube Kolleginnen und Kollegen, um nochmals auf Kollegen Pragerstorfer zurückzukommen. Ich habe durchaus dafür Verständnis und ich pflichte ihm bei, daß eine Kommune sich nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen auch zu richten hat, und überwiegend sogar zu richten hat. Aber nicht ausschließlich. Er selbst weiß am besten, daß eine Kommune Aufgaben zu übernehmen hat, die man einem Unternehmer erst gar nicht aufbürden kann, weil er sie gar nicht annehmen würde. Welche Bereiche ist denn die Wirtschaft bereit, zu übernehmen? Etwa die Aufgabe in unserem Altersheim, in der Pflegeabteilung? Etwa den sozialen Wohnbau oder die Kindergärten? Oder die soziale Wohlfahrt? Sind das nicht Aufgaben, Kolleginnen und Kollegen, die eine Kommune zu übernehmen hat und die man nicht nach dem Prinzip der Einnahmen und Ausgaben oder nach betriebswirtschaftlichem Ermessen festzusetzen hat. Natürlich haben wir uns nach der Decke zu strecken und man kann nicht unbegrenzt Ausgaben tätigen, um sich zu verschulden und dann letztlich zahlungsunfähig zu werden. Aber es sei einmal mehr gesagt, wir verstehen unsere Aufgabe als gewählte Mandatäre, als Sozialdemokraten darin, auch diese großartigen und notwendigen Aufgaben in unsere Überlegungen mit einzubeziehen. Ich glaube, man sollte nicht so vorgehen, wie es dann in verschiedenen Unternehmen geschieht, wenn sie in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, daß alle Sozialleistungen mit einem Federstrich gestrichen werden und damit die Ausgaben und die Einnahmen wieder ausgewogener dargestellt werden. Ich glaube nicht, daß wir uns einer solchen Vorgangsweise etwa anschließen sollten. Ich unterstelle keinesfalls, daß dies eine persönliche Meinung des Kollegen Pragerstorfer ist. Aber wir wissen, wie hart und wie schwierig es ist für Arbeitnehmer, unter gewissen Bedingungen ihre Leistungen selbst erhalten zu können.

Sozialleistungen sind eben ein Teil einer Gesamtleistung und auch Aufgabe dieser Stadt, vielleicht in weitaus größerem Ausmaß als es anderswo der Fall oder notwendig ist. Ich glaube, Kolleginnen und Kollegen, daß wir mit gutem Grund über den Bericht des Finanzreferenten uns freuen dürfen, diese Freude aber nicht zur Selbstgefälligkeit und zur Zufriedenheit führen darf, sondern gemeinsam daß wir gemeinsam einen Weg suchen müssen, der uns für die Zukunft auf diesem richtigen Weg beläßt.

Ich gebe, und ich glaube, ich darf das tun, namens der sozialistischen Fraktion diesem Nachtragsvoranschlag selbstverständlich die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollege Pimsl für seinen Beitrag. Nächster Redner ist Kollege Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Kritik an meinem Bernhardiner veranlaßt mich zu einer neuerlichen Wortmeldung. Zum ersten weil ich glaube, daß Bernhardiner ohnehin liebenswerte Tiere sind, daß sie nicht Anlaß sein sollten, daß man wegen einer Äußerung sofort über den anderen herfällt. Zum zweiten deshalb, weil ich der Meinung bin, daß es in der Debatte über einen Nachtragsvoranschlag oder Haushaltsvoranschlag und auch Rechnungsabschluß zulässig sein muß, Probleme anzuziehen. Ich glaube, den Bernhardiner so hinzudeuten, daß man jetzt, na gut, das ist ein Bernhardiner, jetzt ist die Welt wieder heil, das hieße, das Bild wirklich nicht verstanden zu haben. Ich hoffe, daß ich Dich, Herr Stadtrat Pimsl, jetzt falsch verstanden habe, weil sonst steigen mir nämlich - mit Respekt gesagt - die Grausbirnen auf. Sonst war das, was Kollege Pragerstorfer gesagt hat, mindestens ebenso vergeblich wie das, was ich vorher gesagt habe, nämlich daß wir uns nicht zum Übermut verleiten lassen dürfen, sondern daß wir das als einmaligen Glückstreffer betrachten müssen, weil uns ja nicht gewährleistet ist, daß nächstes Jahr wieder eine Betriebsprüfung Zusatzmittel ergibt. Und weil uns nicht gewährleistet ist, daß die Konjunktur so weitergeht. Gerade darum ist es notwendig, daß sich dieser Gemeinderat, genau so wie jeder andere Gemeinderat in ganz Österreich Prioritäten setzt und Schwerpunkte setzt. Wenn aber Prioritäten gesetzt werden sollen, so bedarf es des Konsenses dazu. Das ist mir völlig klar. Aber eine geäußerte Priorität, wie die Altstadterneuerung, das ist ja nicht nur meine Äußerung, sondern das ist eine Priorität, die der Gemeinderat dieser Stadt absolut unbestritten einmal hingestellt hat. Das muß doch zumindest dann von einem Fraktionssprecher auch erwähnt werden dürfen. Ich unterstreiche die Forderung meiner Partei, gerade wegen Deiner Wortmeldung, Herr Stadtrat Pimsl, nach einem Prioritätenkatalog mit einer mittelfristigen Durchführungsvorschau, die beinhaltet die Reihung der Maßnahmen und auch die Art und Weise der Finanzierung. Denn wenn wir das nicht machen, dann haben wir mit Respekt gesagt, wirklich wahr den Bernhardiner zwar zur Kenntnis genommen, aber noch immer nicht kapiert, warum er gekommen ist, wieso er gekommen ist und wozu man die Labung dann verwenden wird können. Ich bitte darum, dies zu bedenken.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Ich möchte von dieser Stelle aus ebenfalls zwei Sätze dazu sagen.

Ich glaube, und es ist in der Wortmeldung des Kollegen Treml ein bißchen angeklungen der Vorwurf, daß im Budget die Einnahmen und Ausgaben zu vorsichtig und zu negativ geschätzt worden sind, sicherlich nicht zutrifft, wenn man die Situation zu Jahresbeginn gekannt hat. Das muß ich sehr deutlich sagen, wir haben immerhin unseren ordentlichen Haushalt um 30 Millionen Schilling nicht ausgleichen können. Es soll jetzt kein Trost sein, aber wir waren da in Gesell-

schaft von 92 oberösterreichischen Gemeinden. Das heißt also, daß die Problematik, die wir mit unseren Budgets haben in den Kommunen, nicht nur uns allein trifft. Das darf aber natürlich für uns kein Trost sein, das möchte ich auch sehr deutlich sagen, sondern wir haben uns um dieses Budget zu kümmern. Im übrigen möchte ich sagen, daß ich mir lieber den Vorwurf gefallen lasse, wenn es schon ein Vorwurf ist, daß wir zu vorsichtig als zu unvorsichtig sind. Das möchte ich schon sehr deutlich sagen.

Ich möchte noch etwas sagen, ich habe das so verstanden von Kollegen Pimsl, daß er gesagt hat, es ist nicht nur ein Glückstreffer gewesen, den wir gehabt haben, sondern es ist ein Ergebnis der Wirtschaft - das hat er wörtlich gesagt - und der Leistung aller Steyrerinnen und Steyrer, die dazu geführt haben. Wir können auf das schon ein bißchen hinweisen, daß man sagt, mehr hat er ja nicht zum Ausdruck gebracht. Das war ja keine Kritik in diesem Zusammenhang, sondern eine positive Äußerung, daß die Leistung dazu geführt hat, die Leistung der Wirtschaft und der Menschen in unserer Stadt, daß wir Gott sei Dank jetzt den Haushalt eben ausgleichen können.

Ich glaube auch und ich gebe allen recht, daß uns diese Entwicklung aber nicht zur Unvorsicht und zum Übermut verleiten soll, sondern daß wir nach wie vor auf dem bisherigen Weg in geeignetem Rahmen weitergehen sollten.

Ich bitte nun Kollegen Wippersberger zum Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kollege Stadtrat Pimsl und auch unser Bürgermeister haben schon sehr viel vorweggenommen. Ich darf aber doch auf einiges noch Antwort geben.

Sicherlich, Kollege Holub, Du hast recht, wir müssen auch künftighin mit großer Vorsicht an die Budgetstellungen gehen und uns jede Ausgabe genau und gründlich überlegen, das ist ganz klar. Die Steuerreform und gewisse wirtschaftliche Dinge in unserer Stadt müssen eben zur großen Vorsicht führen. Ich habe z. B. ein Schreiben bekommen vom Städtebund vor wenigen Wochen, weil ja die Gemeinden alle verunsichert sind, wie wird es denn 1989 werden einnahmenmäßig? Da hat der Städtebund ein Rundschreiben an alle Gemeinden Österreichs gerichtet, wo er sagt, seitens des Bundes soll man so budgetieren, daß die Einnahmen des Jahres 1987 plus 5 Prozent angenommen werden. Auf der Basis haben wir das Budget 1989 erstellt. Einsparungen Personal, da ist insbesondere Kollege Pragerstorfer vorstellig geworden und Kollege Pimsl hat das ja auch schon gesagt. Die Gemeinde ist ein Servicebereich. Etwa 85 Prozent der Leute, die hier bei uns beschäftigt sind, sind ausschließlich im Servicebereich. Auch die restlichen 15 Prozent erbringen im großen und ganzen Serviceleistungen. Denken Sie nur daran, daß täglich hunderte Menschen, hunderte Steyrer zu uns auf die Gemeinde kommen und eine Auskunft haben wollen und beraten werden wollen usw. Das gehört ja alles mit dazu. Alle, auch jene, die hier im Rathaus beim Schreibtisch sitzen, erbringen ja fast ausschließlich Serviceleistungen für die Bürger der Stadt Steyr. Das muß man ja auch so sehen.

Zu Kollegen Tremml, ich lasse mir den Vorwurf gerne gefallen, daß wir vorsichtig sind. Ich glaube nicht, daß wir zu vorsichtig waren. Es waren dafür verschiedene Umstände entscheidend, ein höheres Wirtschaftswachstum und gewisse glückliche Umstände. Z. B. das habe ich nicht erwähnt, wir haben 3,2 oder 3,4 Millionen Schilling an Grundsteuernachzahlung bekommen vom BMW-Werk. Die haben wir nicht einsetzen können, weil wir zu dem Zeitpunkt das nicht gewußt haben. Wir setzen das ja nicht fest, das geht ja vom Finanzamt aus, infolgedessen konnten wir diese Summe auch nicht einsetzen. Eines muß ich sagen, Kollege Eichhübl. Du liegst ein bißchen falsch mit dieser Neuverschuldung beim aOH. von über 39 Millionen, wo Du meinst, na ja bei 8prozentiger Verzinsung, das ist doch ein Blödsinn, wenn wir das Geld aufnehmen. Erstens einmal bezahlen wir nirgends 8 - 10 Prozent

Zinsen, das müßtest Du wissen, daß wir als Stadt günstigere Darlehen bekommen, auch wenn wir es von einem Kreditinstitut bekommen. Wir haben bei dieser Summe von über 39 Millionen z. B. 9,6 Millionen dabei Mittel aus dem Wasserwirtschaftsfonds. Da bezahlen wir eine 2 prozentige Verzinsung. Ja wenn wir die nicht nehmen würden, da wären wir ja wirklich dumm, denn wenn man um 2 Prozent Geld bekommt, da muß man doch zugreifen, Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist aber nicht die ganze Summe.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Für 28 Millionen bekommen wir darüberhinaus von Bund und Land die gesamte Tilgung ersetzt. Wenn wir da nicht zugreifen würden, da wären wir wirklich schlecht beraten. Das ist eine Fehlintervention, die Du gemacht hast, das stimmt sicherlich nicht. Wir schauen uns sehr genau an, wenn wir Schulden machen, wo wir sie machen und ob wir sie machen müssen. Und wir schauen uns auch das Darlehen ganz genau an.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Wer ist gegen den Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (FPÖ) und 1 Enthaltung (GAL) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein zweiter und zugleich letzter Antrag, den ich zu unterbreiten habe, befaßt sich mit dem Personalkostenzuschuß für das Rote Kreuz - alle Jahre wiederkehrend. Der Antrag lautet:

6) Ha-5657/88

Österr. Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt;
Personalkostenzuschuß.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 30. September 1988 wird der Bezirksstelle Steyr Stadt des Österr. Roten Kreuzes für das Jahr 1988 ein freiwilliger Personalkostenzuschuß in Höhe von
S 300.000,-- (dreihunderttausend)

gewährt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 156.000,-- (einhundertsechsfünftausend)

bei VSt 1/5300/757000.2 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 144.000,-- (einhundertvierundvierzigtausend)

bei derselben VA-Stelle bewilligt. Für die Deckung der Kreditüberschreitung ist zum Zeitpunkt der Antragstellung keine Deckung vorhanden.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich danke Kollegen Wippersberger für die Berichte. Die Nächste ist Kollegin Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENUBER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, wertee Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Mein Antrag betrifft die Regulierung der Kostensätze für die Abgabe von Verpflegung an die Pensionistenheime und den Verein Lebenshilfe.

Eine Überprüfung bzw. Neuberechnung unseres Kontrollamtes hat ergeben, daß der derzeitige Kostensatz von S 36,50 seit 1. 1. 1985 unverändert in Geltung steht. Es hat sich zwischenzeitlich der Zuschußbedarf um S 3,- erhöht. Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

7) SH-2896/88

Abgabe von Verpflegung aus dem Zentralaltersheim an die Pensionistenheime und den Verein Lebenshilfe; Kostensatz - Regulierung.

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 13. Oktober 1988 werden ab 1. 1. 1989 die Kostensätze für abgegebene Verpflegsportionen aus dem städtischen Zentralaltersheim für die Pensionistenheime und für den Verein Lebenshilfe von bisher S 36,50 auf künftighin S 38,50 pro abgegebener Portion angehoben.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es daz u eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen den Antrag? Gibt es eine Enthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegin Ehrenhuber. Nächster ist Stadtrat Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

Ich möchte Sie ersuchen, die Zustimmung zu erteilen für den Ankauf eines Müllwagens. Es handelt sich um eine Ersatzbeschaffung auf der Basis von Vorführgeräten.

8) ÖAG-6163/88

Städt. Wi-Hof

Ankauf eines Müllwagens - Ersatzbeschaffung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des städt. Wirtschaftshofes vom 10. 10. 1988 werden im Zusammenhang mit dem Ankauf eines Müllwagens nachstehende Aufträge vergeben:

1. Lieferung des Müllwagenaufbaues Rotopress, Type 205/14,0 m, mit Kamm-Hubkippvorrichtung, Vorführgerät an die Fa. MUT, Stockerau, zum Preis von
S 795.510,- exkl. MWSt.

2. Lieferung eines Steyr-Diesel Lkw, Type 16 S 18/P 38/4 x 2, Pritschenfahrge-
stell, Vorführfahrzeug an die Fa. Steyr-Handels- und Service-GesmbH, Zentrum
Leonding, zum Preis von
S 635.550,- exkl. MWSt.

Die Freigabe der hiefür erforderlichen Mittel bleibt einem gesonderten Beschluß des nach dem Statut für die Stadt Steyr hiefür zuständigen Organes im Rechnungsjahr 1989 vorbehalten.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist so beschlossen.

Ich danke dem Berichterstatter. Nächster ist Stadtrat Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Bei meinem Antrag geht es um die Kanalisierung Nebenkanal Marienstraße. Infolge der zu geringen Dimensionierung des bestehenden Kanales kam es bei starkem Regen immer wieder zu Rückstau im Kanalsystem und in der Folge zu Überschwemmungen der anliegenden Keller. Es ist daher erforderlich, 82 lfm zu erneuern. Der Antrag lautet:

9) Bau6-5239/88

Kanalisation NK Marienstraße, S I - S 2, KG. Jägerberg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 13. 10. 1988 wird der Auftrag zur Neuerrichtung eines ca. 82 lfm langen Kanalabschnittes in der Marienstraße an die Fa. Dipl. Ing. Adami, Steyr, zum Preis von S 514.712,- übertragen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung in Höhe von
S 514.000,- (fünfhundertvierzehntausend)

auf die VSt 5/8110/050610.3 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat aus VSt 5/8110/050420.7 zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Eine Bemerkung, Herr Bürgermeister, darf ich machen. Im Stadtsenat habe ich Kritik geübt daran, daß diese Arbeiten nicht öffentlich ausgeschrieben wurden, sie haben ja die S 400.000,- überschritten und bei einigermaßen richtiger Einschätzung hätte man feststellen müssen, daß man mit den vorveranschlagten S 300.000,- nicht das Auskommen finden wird.

In Anbetracht der Dringlichkeit und der Einmaligkeit des Vorfalles sind wir aber bereit, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Stimmenthaltungen? Dieser Antrag ist einstimmig so beschlossen. Danke. Ich bitte nun Kollegen Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Bei meinem ersten Antrag geht es um die Refundierung von Ausgaben in der Höhe von 578.984,55, die zum Zwecke der Reinhaltung der Wasserversorgung von den Stadtwerken in der Zeit vom 1. 1. bis 5. 10. 1988 aufgebracht wurden. Der Antrag lautet:

10) ÖAG-6544/88

Stadtwerke Steyr - Brunnenschutzgebiet;
Refundierung von Ausgaben für 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 27. 10. 1988 wird zur Refundierung von Ausgaben im Brunnenschutzgebiet im Zeitraum vom 1. 1. 1988 bis 5. 10. 1988 der Betrag von S 578.984,55 bewilligt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 292.400,-- (zweihundertzweiundneunzigtausendvierhundert)
bei der VSt 1/8790/728000.7 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 286.500,- (zweihundertsechsdachtzigtausendfünfhundert)
bei derselben Voranschlagsstelle bewilligt.
Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Wie alle Jahre muß mit der oö. Ferngas-GesmbH auch für das kommende Jahr eine Preisvereinbarung für den Erdgasliefervertrag getroffen werden. Wesentlich dabei ist, daß die seit 1985 bestehende Regelung des Lastfaktors des Leistungspreises weiterhin bestehen bleibt. Außerdem werden über die bisher vertraglich vereinbarte Menge weitere 2.200 m³/h bei Aufnahme der Gasversorgung für das Landeskrankenhaus und der Gründbergsiedlung ohne Leistungspreisverrechnung über 5 Jahre hinweg von der oö. Ferngas zugesichert. Für das zustandegebrachte positive Verhandlungsergebnis möchte ich den beiden Direktoren der Stadtwerke ein herzliches Danke schön sagen.

Ich darf Sie daher bitten, diesem Antrag im Sinne des Amtsberichtes ihre Zustimmung zu geben.

11) ÖAG-6216/76

Stadtwerke

Erdgasliefervertrag; vertragliche Preisvereinbarung für das Jahr 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 29. 11. 1984 wurde die letzte Preisvereinbarung zwischen der Oö. Ferngas-GesmbH Linz und der Stadt Steyr für die Jahre 1985 und 1986 (Änderung des Leistungspreises sowie des Arbeitspreises) genehmigt. Mit GR-Beschluß vom 28. 3. 1985 wurde einer Verbesserung des Lastfaktors des Leistungspreises für die Jahre 1985 und 1986 von bisher S 5,308.300,- auf nunmehr S 1,177.100,- p. a. zugestimmt. Diese Preisvereinbarung wurde mit GR-Beschluß vom 11. 12. 1986 für das Jahr 1987 und mit GR-Beschluß vom 5. 11. 1987 für das Jahr 1988 verlängert.

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 14. 10. 1988 wird nunmehr der Änderung der Punkte 7 bis 8. 1 des mit GR-Beschluß vom 1. 3. 1977, ÖAG-Stadtwerke-6216/76, genehmigten Erdgasliefervertrages mit der Oö. Ferngas im Sinne des Schreibens der Oö. Ferngas-GesmbH Linz vom 12. 7. 1988, Zl. HS/Z/81070, zugestimmt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört und ich frage, ob jemand dazu zu sprechen wünscht? Nein. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Gegenstimmen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Damit ist auch der letzte Punkt der Verhandlungsgegenstände erledigt. Ich danke für die Berichte und Diskussionen.

Wir kommen damit zur Aktuellen Stunde und hier frage ich die sozialistische Fraktion, ob ein Beitrag gewünscht wird? Kollegin Schreiberhuber bitte.

Beginn der Aktuellen Stunde: 16 Uhr

GEMEINDERAT GERTRUDE SCHREIBERHUBER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen!
Die traditionelle Industrieregion Österreichs, sowohl die Obersteiermark als auch die Region Steyr sind im Zuge der dramatischen Veränderungen in Wirtschaft und Technologie von einem überproportional hohen Anteil an metallverarbeitender Industrie und Gewerbe gekennzeichnet. Beide weisen beträchtliche infrastrukturelle Nachteile auf. Konnte durch das Wirksamwerden von bundesweiten Beschäftigungskonzepten nun die Jugendarbeitslosigkeit eingedämmt werden, ist es nun die Beschäftigungsgruppe der Frauen, die im Zuge des technologischen Fortschritts in zunehmendem Maß von Arbeitslosigkeit betroffen sein wird, wie das Beispiel Wälzlagerwerk zeigt. Insgesamt aber trifft die Zeit technologischen und wirtschaftlichen Umbruchs, in der wir leben, mit der ganzen Härte ihrer Auswirkungen das gesamte Beschäftigtenpotential in Stadt und Region Steyr mit den bekannt negativen Folgen, wie dauerhaft hohen Arbeitslosenraten, wenn auch gegenüber 1987 eine leichte Besserung eingetreten zu sein scheint. Seit nunmehr rund 10 Jahren befindet sich die Wirtschaftsregion Steyr in einer erkennbaren strukturellen Krise und es ist zu befürchten, daß auch weiterhin alle restriktiven Maßnahmen zum überwiegenden Teil auf die Arbeitnehmerschaft negative Auswirkungen haben werden. Die Rückentwicklung beim größten Arbeitgeber der Region, den Steyr-Werken, muß daher dazu benützt werden, nicht nur Einzelansiedlungen von Betrieben, sondern andererseits auch die Überwindung vorhandener Qualifikationsdefizite im Arbeitnehmerbereich, ob Mann oder Frau, zu fördern und diese Förderung gemeinsam als eine attraktive Investition für die Zukunft der Wirtschaftsregion Steyr einzubringen. Wollen wir nicht ein Abwandern hochqualifizierten Facharbeitspotentials in Kauf nehmen bzw. einen Zuzug eines solchen für alle Zukunft ausschließen, kommt der Erforschung der produktiven Entwicklungsmöglichkeiten des Wirtschaftsraumes Steyr, unter Berücksichtigung regionaler Notwendigkeiten, Bedürfnisse und vorhandener menschlicher Potentiale, grundsätzliche Bedeutung zu. Das Suchen nach neuen Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit in unserer Stadt und Region kann allerdings nicht in der Erklärung der Stadt Steyr zur Christkindlstadt enden, die dann einmal im Jahr zur Weihnachtszeit aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt, sonst noch als Herzeigestadt mittelalterlicher Baudenkmäler, im übrigen aber als Schlafstadt am Rande der öö. Industrieregion jahrüber ihr Dasein mit langsam aber stetig sinkender Bevölkerungsanzahl fristet. Hinzu kommt, daß bekanntermaßen im Dienstleistungsgewerbe nicht nur für die Begriffe unserer Arbeiter und Angestellten niedrige Löhne bezahlt werden und man die Kaufkraft der Bevölkerung einer gesamten Region nicht allein vom mehr oder minder florierenden Zustrom auswärtiger Besucher abhängig machen kann. So erfreulich es auch ist, daß der Fremdenverkehrswirtschaft mit Städtetourismus usw. nun auch der entsprechende Stellenwert eingeräumt wurde, kennzeichnen aber nach wie vor hohe Arbeitslosenzahlen und damit verbunden der Ausfall von kaufkräftiger Nachfrage, die Abwanderung von Betrieben und höher qualifizierten Fachkräften, geringe Investitionsfreudigkeit die Situation. Die Region Steyr mit ihrer über Jahrhunderte gewachsenen metallverarbeitenden Tradition läuft ernsthaft Gefahr, zum Industriefriedhof mit dauerhaft überproportionalen Beschäftigungslosenraten und offensichtlich entgegen der übrigen gesamtösterreichischen Entwicklung zu werden.

Im Wissen darum, daß wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und damit Wohlstand für die breite Bevölkerung nicht vom Glück abhängig gemacht werden kann, wurden nun seit einiger Zeit Überlegungen angestellt, wie neue auf die Region zugeschnittene Problemlösungen gefunden werden könnten, wobei im Vordergrund die Modernisierung und organisatorische Weiterentwicklung der bestehenden industriellen Strukturen stehen muß. Es wurde nunmehr ein Trägerverein für die Errichtung eines Forschungs- und Ausbildungszentrums für Arbeit und Technik ins Leben gerufen, welcher wirksame Impulse im Kampf gegen die Krisenerscheinungen unserer Region geben soll. Das FAZAT versteht sich als kooperative und multifunktionale Einrichtung, das durch die Verlagerung spezifischer universitärer Einrichtungen und die

Einbeziehung etablierter Erwachsenenbildungseinrichtungen einen gezielten Wissens- und Qualifikationsschub einleiten soll. Langfristiges Ziel ist es, durch praxisbezogene Maßnahmen eine Verbindung von Forschung und Ausbildung zur Produktentwicklung herzustellen und somit nachhaltig den notwendigen Innovationsprozeß der Wirtschaftsstruktur der Region zu unterstützen. Damit aber auch in Zukunft der Stadt und der Region Steyr die wirtschaftliche Kompetenz vor allem im Metall-Fertigungsbereich zu erhalten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegin Schreiberhuber. Zu diesem Problem seitens der ÖVP? Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wir hatten Gelegenheit, das Projekt FAZAT durch einen Vortrag von Herrn Mag. Ortner vorgestellt zu bekommen. Es verdichtet sich jedoch der Verdacht, daß konkrete Vorstellungen sich mehr auf den Baukörper als auf die Aufgabenstellung beziehen. Aus Formulierungen wie "die Rolle einer integrativen und innovativen Plattform" kann beim besten Willen kein markt- und bedarfsorientiertes Dienstleistungskonzept abgeleitet werden. Außer positiven Absichtserklärungen zu Themenbereichen wie Forschung, neue Produkte oder Qualifikation wird im Konzept kein konkreter Problem lösungsansatz angeboten. Wenn zum Beispiel von der Verlagerung spezifischer universitärer Forschungseinrichtungen, Automatisierungstechnik die Rede ist, müßte konkret angegeben werden, welches der diesbezüglichen Forschungsinstitute, wie z. B. das Institut für Fertigungstechnik der Technischen Universität Wien, Prof. Wesenlindtner, gedenkt, in das FAZAT Steyr zu übersiedeln. Wahrscheinlich würde jedes derartige Ansinnen mit Kopfschütteln beantwortet werden. Es erhebt sich auch die Frage, wie sich das Projekt mit der geplanten Erweiterung der technischen, naturwissenschaftlichen Fakultät der Linzer Universität verträgt. Ebenso ist darauf zu verweisen, daß neue Produkte vorwiegend, wenn nicht ausschließlich, im wirtschaftlichen Unternehmen, aber kaum bei gemeinnützigen Vereinen entwickelt werden. Außerdem zeigen die bestehenden Kapazitäten der berufsbildenden Weiterbildung, z. B. WIFI oder BFI keinen zusätzlichen Bedarf an derartigen Einrichtungen an. Bekanntlich ist im WIFI auch eine Schulungskapazität für automatische Fertigung im Aufbau begriffen. Aufgrund der demographischen Entwicklung muß in den 90iger-Jahren eher damit gerechnet werden, daß sowohl Kapazitäten der beruflichen Erwachsenenbildung als auch im berufsbildenden Schulbereich, angefangen von der Berufsschule bis zur HTL, freigesetzt werden. Für uns wäre deshalb ein Projekt, das mit Firmengründungen oder Firmenansiedlungen verbunden ist, wie etwa ein Gewerbehof oder ein Technologiezentrum zweckentsprechender als das FAZAT. Zu den Kosten, die das Projekt verursacht, ergibt sich die Frage, welcher Teil der Kosten durch eigene Einnahmen gedeckt werden sollte. Es ist zu wenig, einfach einen Bedarf für Investitions- und Betriebskosten anzugeben und dann zu erwarten, daß diese Kosten zur Gänze durch die Träger gedeckt werden. 210 bzw. 250 Millionen Schilling für Errichtung und Einrichtung und jährliche Betriebskosten von 16 Millionen sind vorsichtig geschätzt. Ich möchte auch bemerken, daß für Bildungsmaßnahmen, die mit einem hohen Investitionsaufwand verbunden sind, - dies gilt insbesondere in Hochtechnologieberufen - eine Konzentration an einem Ort aus ökonomischen Gründen notwendig ist. Die hierfür notwendigen Maschinen und Geräte sind nicht nur sehr teuer, sondern unterliegen auch einer rasanten technologischen Weiterentwicklung, so daß sie sehr schnell veralten. Eine verantwortungsbewußte Investitionspolitik muß daher fordern, daß solche Anlagen möglichst gut ausgelastet werden. Dies ist sicherlich nicht möglich, wenn solche Anlagen lediglich für eine Region angeschafft werden sollten.

Wir glauben daher, daß es sinnvoller wäre, die Gebäude für junge Unternehmen zu öffnen, sei es in Form, wie schon gesagt, eines Gewerbehofes oder eines Gründerzentrums. Sehr schade ist für mich auch um das Universitätsinstitut für Industriearchäologie von Prof. Wehdorn, welches für Steyr internationales Ansehen und internationale Bedeutung gebracht hätte. Mit den vorgeschlagenen Kosten für das FAZAT hätte man dieses Projekt leicht verwirklichen können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Schloßgangl. Kollege Pragerstorfer für die GAL, bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, Stadtrat Schloßgangl hat viele schöne Worte zu diesem Thema gesagt, denen ich im großen und ganzen auch zustimmen kann. Ich habe nur eine Frage. Meines Wissens - Sie haben Bezug genommen auf einen Vortrag, Informationsveranstaltung - meines Wissens bin ich nie dazu eingeladen worden. Ich weiß nicht, ist das meine Schuld.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das ist kein Wunder, denn das war für die ÖVP-Fraktion. Aber kommen Sie zu uns, dann sind Sie beim nächsten Vortrag dabei.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Wenn Ihr so weiterwirtschaftet, möchten wir ohnehin nicht mehr gewinnen. Ich täte mir auch leichter, dazu eine Meinung zu haben, hätte ich mehr Informationen. Ich möchte aber doch eines dazusagen, so recht Sie in vielen Dingen haben, bei dem, was Sie da vorgetragen haben, ein bißchen denke ich mir, sind wir doch da schon wieder kleinlich. Ich denke mir, heutzutage muß man viele Bäume schütteln, die Bananen sind nicht mehr so breit gestreut, damit irgendwo etwas herunterfällt. Es ist so, daß die Idee mit dem Gewerbehof ja nicht verloren geht, wenn man dort das nicht errichten kann. Wir haben ein anderes Gebäude schon einmal im Auge gehabt in der Reithoffer-Liegenschaft, was auch eine Möglichkeit wäre. Aber vielleicht ergibt sich für unsere Zustimmung ein freundliches Tauschgeschäft - Unterstützung von unserer Seite für das FAZAT in Unterstützung der Mehrheit, für ein Technologiezentrum und einen Gewerbehof. Da wäre in beiden Richtungen etwas geholfen und alle hätten etwas davon.

Ich bin noch nicht fertig. Sie nehmen auch bezug auf die bisherigen Bildungseinrichtungen, die wir in Österreich haben, also speziell auf die Universität. Es ist halt einfach so, die bisherigen Bildungseinrichtungen sind ausgerichtet auf unser bisheriges Arbeitssystem. Das funktioniert so, der Mensch wird zuerst einmal hochgefüttert, dann wird er ausgebildet und dann tut er sein Leben lang arbeiten. Wir nehmen alle an, daß es in Zukunft nicht mehr so sein wird und man muß damit auch annehmen, daß in Zukunft Bildungseinrichtungen nötig sind über die bisherigen hinaus, die diese lebenslange Bildung, Weiterbildung, einfach tragen werden. Die Universitäten haben ohnehin jetzt schon ein riesiges Problem, sie haben weit über alle Prognosen hinaus Zulauf. Die Katastrophe ist im deutschen Sprachraum weit und groß, überall möchte man an Bildungsmittel sparen und überall nehmen die Studentenzahlen zu entgegen aller demographischen Absicht oder demographischen Entwicklung. Dort irgend etwas zu holen, dort irgend etwas hinbringen zu wollen oder dort was herbringen zu wollen, ist sehr schwer. Noch dazu ist es ausgesprochen schwierig, eine Universitätseinrichtung aus dem Verband der Universität herauszubekommen und eine komplette Universität werden wir leider in Steyr nicht bekommen. So leid mir das auch tut. Es würde auch mit Kosten verbunden sein, die sich die Stadt bei weitem nicht leisten kann.

Ich hoffe also, daß die Stadt nicht zu sehr zur Kasse gebeten wird bei diesem

Ganzen, speziell was die Betriebskosten und die laufenden Kosten betrifft. Daß also der Beitrag der Stadt hoffentlich begrenzt auf die Zurverfügungstellung der Gebäude und einmalige Zuschüsse ist. Falls das Ganze nicht finanzierbar sein sollte oder nicht in der Größenordnung finanzierbar sein sollte auf die Dauer, wird man es sehen. Ich bin eher der Meinung, man soll es versuchen. Wieder ein Versuch mehr, aus unserer schlimmen Lage ein Stück herauszukommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Namens der KPÖ Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Es ist ja ganz interessant, wenn das aktuelle Thema der Mehrheitspartei heute von der Kollegin Schreiberhuber vorgetragen wurde, und sie ganz offiziell hier dem Gemeinderat die Mitteilung macht, daß Initiativen gesetzt werden für die Schaffung des FAZAT - im Wehrgraben installiert, sozusagen am Dreispitz des Hack-Areales. Sie hat gleichzeitig die Begründung gegeben, aufgrund der Rückentwicklung unserer Wirtschaft in Steyr und der Region. Ich kann diesen Ausführungen nur beipflichten. Aber so ein wichtiges Thema als Mehrheitsfraktion nur in der Aktuellen Stunde hier vorzutragen und fünf Minuten von jedem Fraktionsführer dann zu diskutieren, glaube ich ist eine Alibihandlung. Ich möchte noch einmal sagen, es geht auch nicht an, daß in Zukunft bei so wichtigen Fragen - und das ist eine wichtige Frage und sehr bedeutungsvoll. Ich spreche nicht gegen die Initiative, sondern ich begrüße diese Initiative für FAZAT, aber der Gemeinderat, der ja zum Teil auch mitfinanzieren soll, müßte ausreichend informiert werden über den Zweck, über die finanziellen Mittel, die die Stadt aufzubringen hat. Und es geht auf keinen Fall an für mich, daß ich heute hier breit und klar eine Erklärung abgebe, wenn ich aus der Zeitungsinformation - ich sage ganz offen, das ist die Steyrer Zeitung, die offenbar die Gemeinderäte mehr informiert als das Präsidium - lesen kann, daß der Verein bereits gegründet ist, wer die Vereinsmitglieder sein sollen auch von der Mehrheitsfraktion. Daß die erste Finanzsicherung bereits gegeben, nämlich in Form eines Bundeszuschusses ich glaube von 4,5 Millionen Schilling und den gleichen Betrag wird die Stadtgemeinde begeben. Ohne daß ein Gemeinderat davon Kenntnis hat. Ich bin dafür und ich bezeichne heute die Ausführungen der Kollegin Schreiberhuber, daß das ein Ansatz sein soll, eine Information, wie es aussieht. Ich ersuche, ich kann ja nicht einen Antrag stellen hier, ich habe das ja schon öfter gemacht. Die Wirtschaftsprobleme besonders im Zusammenhang mit unserem nach wie vor entscheidenden Betrieb, nach wie vor entscheidenden Betrieb, des einheimischen Betriebes Steyr-Werke, auf die Tagesordnung kommt. Es ist einfach hier in Steyr nicht zu machen. Voisard ist sogar hergekommen und hat uns in einer geheimen Sitzung informiert, aber hier wird zu wenig Information gegeben. Sicherlich werden die Fraktionsführer im Gegensatz zu anderen Städten in Oberösterreich, doch auch informiert, aber wir sind dadurch auch gebunden, diese Kenntnisse nicht der Öffentlichkeit zu übermitteln. sonst brauchen wir das nicht durchführen. Aber ich glaube in dieser Frage wurde auch nicht informiert. Es ist für uns notwendig, daß wir uns eingehend mit der Forschung und der Wirtschaftsstruktur befassen, in erster Linie das von Fachleuten erarbeiten lassen. Hier habe ich gelesen, daß wiederum Universitätsdozent Dr. Weidenholzer federführend sein wird und andere Herren. Ich möchte gleichzeitig abschließend noch einiges sagen.
Daß hier diese Initiativen notwendig sind, zeigt mir besonders die letzte Erscheinung im Steyrer Hauptwerk. Entgegen vieler Aussagen, die hier gemacht wurden von Betriebsräten, Betriebsrats-Obmännern und auch Stellvertretern, hat sich im wesentlichen die Zerschlagung des Steyr-Werkes als einheitliches Ganzes vollzogen. Genau so, wie dies einmal in der Aktuellen Stunde vor 1 1/2 Jahren hier breit diskutiert wurde, besonders von Stadtrat Pimsl und von mir.

Es ist so, daß gerade in den letzten Tagen ein wesentlicher Betrieb der Steyr-Werke, nämlich das Wälzlagerwerk, an das Ausland verkauft wurde. Es ist zu befürchten, und die Befürchtung ist nicht nur von meiner Seite, daß zwar jetzt über 1.100 Angestellte und Arbeiter noch beschäftigt sind, aber wahrscheinlich in einem Jahr in diesem Betrieb - manche sagen 500, es geht auseinander von den Betriebsratsobmännern der Angestellten und Arbeiter- ich würde hier sagen wahrscheinlich auf 650 reduziert wird. Das sind ernste Probleme für uns. Trotz aller Bemühungen und großen Opfer, die die Stadt gebracht hat für die Betriebsansiedlung auch ausländischer Unternehmen. Es ist ja nicht so, daß die KPÖ sagt, wir brauchen BMW nicht. BMW ist heute in unserer Region notwendig, wir sind nur dagegen gewesen, daß einem so superreichen Multikonzern so viele Millionen gegeben werden. Ich werde immer wieder mit den gleichen Argumenten konfrontiert, daß dann dieser Betrieb nicht gekommen wäre. Die Konzernvertreter haben das genau so in ihrer Heimat in der Bundesrepublik gemacht. Sie haben gesagt, wir werden das Werk in Steyr installieren und nicht in Regensburg. Aber wenn Ihr genau schaut, die Bilanz von heuer, die ist super. Außer Mercedes bringen sie die beste Bilanz. Es ist so, daß wohl in Steyr ein Betrieb von BMW steht, ich weiß jetzt nicht die kleine Stadt, wo auch am Feld eine solche Fabrik geschaffen wird und sie steht auch in Steyr. Das sind Erpressermethoden, dagegen muß man sich zumindest von seiten der Opposition zur Wehr setzen.

Aber das war nur ein Nebenaspekt, spielt aber auch eine große Rolle in der Frage, wie wird sich unsere Wirtschaft vor allem in der Stadt Steyr und auch in der Region weiterentwickeln. Wir haben auch schon vom Bürgermeister gehört, daß wir eine Dauerarbeitslosigkeit haben und bedauerlicherweise besonders die Frauenarbeitslosigkeit, aber ebenso bleibt und besteht die Jugendarbeitslosigkeit und solcher, die gar nicht registriert sind.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Eichhübl namens der FPÖ.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Frau Kollegin Schreiberhuber hat mit Recht am Anfang ihrer Ausführungen auf die Monostruktur in unserem Bereich hingewiesen und auch auf alle Nebenwirkungen unangenehmer Art hingewiesen und habt mir sozusagen aus dem Herzen gesprochen. Nämlich deshalb, weil wir ja seit Jahren im Rahmen der Budgetdebatte und nicht nur zu diesem Anlaß und immer wieder gefordert haben eine Wirtschaftsstudie für die Zukunft unserer Region über eine Universität zu erarbeiten. Daher, meine Damen und Herren, haben wir auch sehr wenig Verständnis gehabt, als die Stadt Steyr einen Zuschuß in Millionenhöhe den Steyr-Werken gegeben hat, um Lehrlinge auszubilden, die dann gar nicht benötigt werden. Daher auch unsere Ablehnung mit dem hintergedanken, daß es ja nicht so sein kann, daß man vorerst Menschen eine berufliche Ausbildung zukommen läßt und ihnen dann sagt, daß man sie wahrscheinlich in der Region nicht weiterbeschäftigen kann und diese dann abwandern. Das sind nur einige Beispiele, um in dieser Richtung etwas in diese Diskussion einzubringen. Die Information über FAZAT - ich betrachte es nur als Informationswunde für mich etwas überfallsartig hier vorgetragen. Ich möchte nur einige Gedanken darüber zum Ausdruck bringen, nämlich daß es einerseits bedauerlich ist, daß es notwendig ist, einen privaten Verein zu gründen, der die politischen Aufgaben anderer Verantwortungsträger übernehmen soll. Es wurde bereits von Kollegen Schloßgangl darauf hingewiesen, daß es ja Institutionen gibt, die diese Aufgaben durchaus übernehmen können und teilweise diese ja auch bereits durchführen. Es ist nur zu hoffen, daß die finanzielle Investition sich rechtfertigt. Für mich hat das auch nur Informationscharakter gehabt. Ich glaube, für ein so wichtiges Thema wäre es notwendig, nicht nur die Aktuelle Stunde dafür heranzuziehen, um das in ein paar Minuten abzuhandeln.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich darf doch als Funktionär dieses Vereines aber auch als Bürgermeister einiges dazu sagen.

Wir haben ein Beispiel in Steyr, in dem ein Verein etwas zustande gebracht hat, wobei die öffentlichen Mittel vom Verein, von den verschiedenen Bereichen erreicht wurden. In diesem Verein haben alle Interessierten mitgewirkt. Ich darf darauf hinweisen, daß hier Vertreter der Handelskammer - ich meine den Verein Arbeitswelt. Das ist ein typisches Beispiel und beim Verein Museum Arbeitswelt war auch der Herr Univ. Prof. Dr. Weidenholzer Vorsitzender. Ich glaube, daß dieser Verein bewiesen hat, daß dieser große Mitteleinsatz möglich war, er hat vieles erreicht und für unsere Stadt sehr viel erreicht. Mir scheint daher auch, mir tut es auch sehr leid, Kollege Schloßgangl, daß das mit dem Institut für Industriearchäologie nichts geworden ist. Wir haben hier im Gemeinderat eine Informationssitzung abgeführt, alle waren hellauf begeistert davon. Ich glaube aber, daß man diese Entwicklungen und Möglichkeiten nicht so einfach ad acta legt und sagt, das ist nichts. Ich glaube, man sollte sich bemühen, diese Möglichkeiten auszuschöpfen. Mir erscheint es richtig, daß eine solche Einrichtung, eine solche Forschungseinrichtung, in einer Region - diese Einrichtung wird sich nicht nur mit den Problemen in Steyr, sondern allgemein mit der Entwicklung der Industriegesellschaft beschäftigen. Daß man gerade eine solche Einrichtung in einem Gebiet, in einer Region einrichtet, wo es diese Probleme gibt, das ist vernünftiger, als woanders.

Ich darf sagen, daß sich die Stadt Linz auch in dieser Richtung interessiert. Sie werden schon gelesen haben, die Tuchfabrik ist hier im Gespräch gewesen. Seitens des Bundesministeriums sind hier Zusagen da, daß man eine solche Einrichtung finanziell unterstützt. Warum sollen wir als Steyrer das nicht ausnützen. Es ist notwendig, daß gerade wir uns um solche Dinge bemühen. Der Verein hat sich also gegründet, wir haben Verhandlungen geführt. Ich möchte heute ganz offiziell, auch wenn es die Aktuelle Stunde ist, noch einmal die Einladung an alle Fraktionen aussprechen, in diesem Verein mitzutun. Es sind ja Kooptierungen notwendig, es war aber die Gründung notwendig, weil die Mittel angesprochen gehören noch im heurigen Jahr. Ihr wißt alle, wie es bei der Budgetsituation ist daß alle politischen Gruppierungen, ausnahmslos alle, - ich lade auch die ÖVP noch einmal ein, auch die Wirtschaft, hier mitzutun. Ich glaube, daß das etwas ist für unsere Stadt, was man nicht versäumen sollte. Es ist ein wesentlicher Punkt für die künftige Entwicklung. Es wird nicht morgen wirksam, aber es werden Auswirkungen sein vielleicht in fünf, zehn, 15 oder 20 Jahren von dieser Tätigkeit dieser Organisation. Ich glaube, es ist vernünftiger, wenn das nicht monocolor geschieht, sondern daß alle Gruppierungen hier mittun. Deswegen meine Einladung. Ich hoffe, daß sich niemand von dieser Version der zukünftigen Entwicklung ausschließen will und kann. Deswegen noch einmal meine Einladung in diese Organisation des FAZAT.

Es sind einige konkrete Punkte, die damit zusammenhängen, z. B. die geschützte Werkstätte. Hier sind Verhandlungen im Gange. Landesrat Reichl mit dem Berufsförderungsinstitut in Linz, wir haben ja einen Besuch in Linz gehabt, und es sind Verhandlungen geführt worden. Das wäre eines der ersten ganz konkreten Projekte und diese geschützte Werkstätte sollte ebenfalls in diesem Bereich entstehen.

Ich darf also noch einmal ersuchen, dieser Verein ist gegründet wegen der Zweckmäßigkeit und Mittelanspruchung. Das waren die Ursachen für die jetzt erfolgte Gründung. Es ist aber niemand davon ausgeschlossen von den Informationen. Die Unterlagen, wenn es fraktionsmäßig gewünscht wird, bin ich gerne bereit als Vereinsmitglied weiterzugeben.

So weit meine Mitteilung zu diesem Punkt. Ich glaube, wenn wir uns hier nicht engagieren, könnte es passieren, daß uns die zukünftigen Generationen in dieser Richtung einmal Vorwürfe machen.

Damit ist dieser erste Punkt der SPÖ erledigt. Ich frage die ÖVP, ob ein Beitrag gewünscht wird? Kein aktuelles Thema. GAL? Kollege Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, es wird schön langsam Advent, die ruhige Zeit des Jahres kommt. Ich nehme mir ein Thema vor, das zwar immer aktuell ist, das aber mir deswegen besonders aktuell ist, weil ich seit einigen Monaten hier im Gemeinderat tätig bin und mir das als erstes aufgefallen ist.

Ich wollte einen kleinen Appell zum Jahresausklang an Sie richten, besonders an die beiden großen Parteien. Ich muß trotz aller freundlichen und höflichen Umgangsformen - ich tu mir heute schon etwas schwer, Entschuldigung - hier im Gemeinderat zu meinem Bedauern immer wieder bemerken, daß doch immer wieder so ein wenig eine Lagermentalität im Gange ist. Manchmal scheint es mir fast, als würde ein Stück Erste Republik hin und wieder da zurückkommen, zwar nicht mehr mit Prügel und Faust, aber ein bißchen doch. Wenn die eine Partei einen Vorschlag hat, - nehmen wir die Geschichte mit dem Katalysator, Nachrüstkatalysator - ist die andere Partei, weil es nicht von ihnen kommt, dagegen. Natürlich gibt es immer wieder gute Argumente, das kann man alles einkleiden. Aber ich werde den Eindruck nicht los, es geht eigentlich darum, daß die Idee von dort hergekommen ist und daher mag man sie da nicht.

Ein anderer Punkt, das habe ich heute so gehört, wären Sie doch bei uns, dann hätten Sie etwas erfahren! Das macht mir deutlich, die eine Seite, wenn sie kann, macht das genau so wie die andere. Darum möchte ich heute als Kleiner, der sich trotzdem nicht ausgeschlossen fühlt, doch an Sie appellieren, wenn Sie ein bißchen ruhige Zeiten haben so zwischen Weihnachten und Neujahr, - hoffentlich haben sie solche - denken Sie doch einmal darüber nach, ob man das nicht ein wenig abbauen könnte. Man könnte sagen, wenn man eine überwiegende Mehrheit hat, ist man ohnehin schon so stark, da kann man doch dem anderen einmal etwas geben, nicht nur pro forma damit er sich freut, sondern einmal eine gute Idee eine gute Idee sein lassen. Nicht wegen dem Katalysator.

Von der anderen Seite her ist man sicher zurecht nicht erfreut, wenn man einen Referenten nach Steyr bringt, der ein Thema aufgreift wo man glaubt, das müßte doch alle interessieren und dann sitzt man halt mit seinen Parteifreunden dort, nur weil die Partei vorne auf der Einladung gestanden ist. Sicher gibt es einen guten Grund, warum man dort nicht hingeht. Ich mache es so, daß ich, auch wenn mich das Thema nicht ganz so interessiert, demonstrativ einmal hingehge, um zu sagen bitte schön, mein Interesse ist da. Ich möchte nicht, weil es nicht von uns ist, nicht von uns erfunden, nicht aus unserem Dorf ist, sagen, ich interessiere mich nicht dafür.

Denken Sie ein bißchen darüber nach. Ich glaube, wir könnten uns alle hier zu unserem eigenen Vorteil herausbewegen aus diesen Gräben, diese Mauern ein bißchen hinunterdrücken und uns ein bißchen mehr als Steyrer fühlen und nicht so sehr als Mandatare. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke. Kollege Wippersberger dazu.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich möchte mich ganz kurz fassen. Kollege Pragerstorfer hat gesagt, es soll keine Lagermentalität aufkommen. Das kann ich an und für sich nur unterstützen und sagen, wir sind für alle Vorschläge, auch wenn sie von anderen politischen Lagern kommen, sehr dankbar. Daß natürlich bei den verschiedenen Fraktionen hin und wieder auch unterschiedliche Auffassungen sind, das ist klar, sonst wären ja nicht fünf Gruppierungen hier herinnen, sondern es wäre nur eine Partei hier.

Es gibt also natürlicherweise unterschiedliche Auffassungen. Aber ich glaube im großen und ganzen ist das Bemühen - von unserer Fraktion auf jeden Fall und ich glaube auch von den anderen Fraktionen - da, daß wir alle das Beste für die Stadt machen wollen. Sie sind erst seit kurzer Zeit bei uns im Gemeinderat, Sie haben auch gewisse Vorurteile, vielleicht spielt das auch mit eine Rolle. Wenn Sie ein wenig länger da sind, bekommen Sie vielleicht davon einen anderen Eindruck. Das hoffe ich zumindest.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Namens der ÖVP Kollege Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Herr Kollege Pragerstorfer, Ihr Appell zum Advent ist sicherlich nicht unangebracht. Gerade in der Zeit des Advents sollte man sich besinnen. Wenn Sie meinen Zwischenruf hinsichtlich der Informationsveranstaltung, die ich als Obmann meiner Partei für den Vorstand meiner Partei erbeten habe, falsch verstanden haben, dann tut es mir leid. So war es nicht gemeint. Ich bin also sicherlich nicht der, der nicht respektiert, wenn jemand in einer anderen Partei ist, aber Ihr Vortrag selbst zum Thema hat launig begonnen und ich habe mich dazu hinreißen lassen, einen von mir aus launig gemeinten Zwischenruf zu machen. Es gibt allerdings wirklich ein Problem dabei, was diese innerparteilichen Informationen betrifft, wenn eine Partei versucht, für sich selbst eine Meinung zu bilden. Weil ich nicht der Auffassung bin, daß das Thema FAZAT so gelagert wäre, daß sich eine Fraktion, auch wenn 9 Mandatäre drinnen sind, alleine damit befassen dürfte, sondern daß das sehr wohl eine Aufgabenstellung ist für die Exponenten der Partei, muß das in ihrer Kammer überdenken. Nicht etwa weil man die anderen von der Information ausschließen will, sondern weil man halt in der eigenen Gruppe diskutieren muß. Eine weitere Diskussion im Plenum hat es nicht gegeben. Das ist die reine einfache Wahrheit. Nicht etwa deshalb, weil wir jetzt glauben, wir 9 kleinen Negerlein sind die, die es mit dem Löffel gefressen haben und können andere auslachen, weil sie nicht bei uns sind, sondern weil das ganz einfach ein innerparteilicher demokratischer Entscheidungsprozeß, der notwendig ist und notwendig war und sicher nicht aufhört. Wenn Sie das falsch verstanden haben, bitte ich für meinen Zwischenruf in aller Form um Entschuldigung. So, wie Sie es dargestellt haben, war er nicht gemeint. Wir sollen uns, meinen Sie, mehr als Steyrer fühlen und weniger als Funktionäre einer Partei. Ja, wir sollen uns als Steyrer fühlen, auch wenn wir Funktionäre einer Partei sind, die in dieser Partei Aufgaben wahrzunehmen haben. Ich teile Ihre Sorge um Lagerbildungen. Ich gehe nicht so weit, daß ich sage, die Zeit zwischen den Kriegen blitzt dann und wann durch. Das nicht. Aber ich glaube, daß es uns wirklich gut tut, dem Pragerstorfer'schen Aufruf nachzugehen und nachzudenken, ob es nicht egal ist, von wem der Vorschlag kommt, gut muß er sein und realisierbar muß er sein. Darüber sollten wir dann diskutieren. Vielleicht sollten wir in Zukunft - da meine ich jetzt den Advent - darüber nachdenken, ob es nicht doch zulässig ist, daß der Kleine einmal eine gute Idee hat und daß man ihn für die Äußerung dieser Idee nicht notwendigerweise verurteilen muß. Vielleicht sollten wir darüber nachdenken, ob wir nicht gemeinsam Gehirnschmalz vergeuden, wenn wir nicht über Pragerstorfers Worte nachdenken. Ich glaube, im Sinne des Advents kann ich Ihnen für den Beitrag danken.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. KPÖ dazi? Kollege Tremel bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Entgegen der Auffassung des Kollegen Pragerstorfer, glaube ich, sein Appell an die beiden Großparteien hier, der SPÖ und der ÖVP, ist nicht notwendig. Ich glaube, es gibt auch keine Lagermentalität zwischen den Großparteien und keine Gräben. Es gibt auch keinen Klassenkampf so wie in der Ersten Republik zwischen - wie man halt damals gesagt hat - zwischen den bösen Roten und den bösen Schwarzen. Wir haben in Österreich 25 Jahre Sozialpartnerschaftspolitik - der Rudi lacht schon wieder, weil er genau weiß, wie lange die Wirtschaft und die Sozialdemokratie und die ÖVP sehr eng zusammenarbeiten und weitgehend die Politik in Österreich bestimmen. So möchte ich es auch ungefähr, es ist nicht ganz gleich, übertragen hier in das Rathaus. Daher kann ich Ihre Bedenken, glaube ich, zerstreuen. Es kommt auch dadurch zum Ausdruck, meiner Meinung nach, daß hier weitgehende Übereinstimmung herrscht, weil wir kleinen Parteien, also die FPÖ, die GAL und die KPÖ, seit vielen Monaten oder Jahren - ich weiß nicht, wie lange ich schon darüber rede - an die Mehrheit das Ersuchen richten, daß Entwicklung zu mehr Demokratie erfolgen soll in diesem Gemeinderat hier im Rathaus. Und zwar in dem Bezug, daß wir zwar mitarbeiten beim Kontrollausschuß, - da sind wir nicht nur geladene Gäste, sondern sind mit Sitmmrecht vertreten - aber wir haben nach wie vor kein Recht, daß wir so wie die beiden Großparteien, ÖVP und SPÖ, schon vor diesen Sitzungen den gut ausgearbeiteten Kontrollbericht von unserem Kontrollamt zur Verfügung bekommen und auch dementsprechend besser wie bisher auch unserer Aufgabe im Kontrollausschuß gerecht werden.
Ich glaube, daß dies vielleicht auch - das hat mit Advent nichts zu tun - eine Anregung sein soll an die beiden großen Parteien, daß sie hier ein Umdenken vornehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Eichhübl namens der FPÖ, bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
So gut mir der Vortrag von Kollegen Pragerstorfer gefallen hat und so gerechtfertigterweise er hier vorgetragen wurde, ist doch ein großer Teil von Wunschenken darin gewesen, denn es ist halt einmal so, daß in einer politischen Parteienlandschaft, in einer Demokratie, verschiedene Meinungen aufeinanderstoßen und ausdiskutiert werden sollen. In einem Punkt gebe ich ihm recht, allerdings sollen diese Meinungsverschiedenheiten nicht so weit gehen, daß sie in Persönlichkeiten ausarten, sondern man kann durchaus anderer Auffassung sein, muß aber - wie ich meine - nach so einer Diskussion dem Partner noch in die Augenschauen können. Das ist eben das Leben in der Politik. Ein Wunschtraum ist es sicherlich, daß wir da alle gemütlich beisammen sitzen und dieselbe Meinung vertreten. Das ist einfach nicht möglich schon aufgrund der demokratischen Staatsform der Parteienlandschaft, das habe ich eingangs bereits erwähnt. Wie gesagt, ich gebe ihm doch recht, daß man vielleicht hie und da seitens der Mehrheit etwas mehr Rücksicht auch auf die Meinung der Minderheiten in Zukunft nehmen könnte. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Damit ist der Punkt, den die GAL angeschnitten hat, erledigt. Ich möchte noch sagen, jeder von uns, ganz egal wo, ist natürlich auch irgendwo Funktionär einer Partei, und jede Partei hat halt bestimmte Grundsätze und Vorstellungen, wie sich die Gesellschaft

entwickelt bzw. wie sie sich entwickeln soll. Das sind die Diskussionen, wo wir manches Mal nicht auf einem Nenner sind. Ich glaube aber, daß die Diskussionen durchaus sachlich sind. Dort, wo es sachliche Bereiche betrifft, gibt es keinen Grund, daß man sagt, da wird nicht geredet mitsammen, da wird etwas nicht aufgegriffen usw. Jede Partei hat natürlich auch - wir leben ja in einer Demokratie und die Wähler entscheiden - die Aufgaben, ihre Leistungen, die sie in irgend einem Gremium vollbringt, entsprechend darzustellen. Das trifft selbstverständlich auch auf Sie, Herr Pragerstorfer, zu. Sie werden auch sagen, das war mein Vorschlag im Gemeinderat usw., den habe ich durchgebracht. Das ist ja das gute Recht und das ist auch der Sinn einer Gemeinschaft, daß in dieser Richtung eine Werbung erfolgt. Etwas anderes ist es ja nicht. Es ist ja kein Kampf, sondern eine Werbung. Das möchte ich sagen und ich glaube, daß es diese Gruppierungen gibt ist selbstverständlich, das hat sich halt entwickelt. Und es ist so, daß diese Gruppierungen vorhanden sind und das möchte ich nicht abstreiten. Das wird auch künftig so sein. Man kann hier herinnen sich wirklich nicht beklagen, hier ist es weitgehend von Gehässigkeiten frei und selbst die Polemiken halten sich in einem Rahmen, der durchaus akzeptabel und vertretbar ist.

Hat die KPÖ ein Thema? Bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe heute nicht nur ein aktuelles Thema, sondern ein sehr wichtiges und vordringliches Thema möchte ich sagen. Es ist Ihnen ja allen bekannt, daß die Wohnbeihilfen in Oberösterreich ab kommendem Jahr radikal gekürzt werden, obwohl Ihnen und auch allgemein bekannt ist, daß sich viele Familien in unserer Stadt eine Neubauwohnung ohne den derzeit gewährten Wohnbeihilfen gar nicht leisten könnten. Das weiß ja Kollege Zöchling am besten. Ich war ja kürzlich im Rathaus mit einer hochrangigen Delegation aus Südböhmen und der Vorsaal seines Sprechzimmers war natürlich bumvoll. Man hat mich gefragt, was da ist, ob da eine Demonstration ist - es ist ja anzunehmen, da so viele in einem Saal ist. Ich habe gesagt, es handelt sich nicht um eine Demonstration, sondern die wollen alle zu Kollegen Zöchling, weil sie dringend eine Wohnung benötigen. Aber durch die Verländerung, meine Damen und Herren, der Wohnbauförderung wurden die Wohnbaumittel von der Bundesregierung um 10 Prozent gekürzt. Das heißt wiederum im Klartext, ab dem kommenden Jahr 1989 gibt es weniger Mittel, daher weniger Wohnungen und gleichzeitig eine Kürzung der Wohnbeihilfen. So waren im öö. Landesbudget noch in diesem Jahr, also 1988, für die Wohnbeihilfen 761 Millionen Schilling vorgesehen. Ich habe mir etwas den Vorschlag 1989 durchgesehen, so sind dort nur mehr 612 Millionen eingesetzt. Das ist immerhin eine Kürzung von 149 Millionen Schilling oder in Prozenten ausgedrückt 20 Prozent. Laut Angabe des Statistischen Dienstes der Öö. Landesregierung sollten von den derzeit rund 40.000 Wohnbeihilfenbezieher in unserem Bundesland insgesamt rund 29 Prozent und in der Stadt Steyr sogar 30 Prozent die Wohnbeihilfe zur Gänze gestrichen werden. Nach den geplanten Änderungen der Förderungsbedingungen werden die Eigenheimbesitzer - jetzt ist natürlich der Pimsl Rudi draußen - und die Siedler demnach sogar die Hälfte der derzeitigen Beihilfenbezieher keine Wohnbeihilfen mehr bekommen. Insgesamt kommt es nach diesen Plänen der öö. Großparteien, muß ich sagen, - es gibt eine weitgehende Annäherung

seitens der SP zum ÖVP-Standpunkt im Landtag - für 54 Prozent der derzeitigen Wohnbeihilfenbezieher, also für rund 20 Familien, zu einer Verschlechterung ab dem kommenden Jahr. Gegen die geplanten Einschränkungen beim Wohnbau und bei den Wohnbeihilfen ist auch der Steyrer Gemeinderat verpflichtet, endlich auch in dieser Richtung aktiv zu werden.

Ich fordere daher alle Gemeinderatsfraktionen auf, gemeinsam mit unserem Bürgermeister Heinrich Schwarz beim öö. Landtag aber auch bei der Landesregierung vor der beabsichtigten Beschlußfassung gegen diese Verschlechterungen im Interesse der Mieter, der Eigentums-Wohnungsbesitzer und Eigenheimbesitzer entschieden zu protestieren und eine Änderung zu verlangen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf dazu als Bürgermeister aber auch für die sozialistische Fraktion sagen, ich habe einleitend angeführt, daß wir den neuen Landesrat für Wohnbaufragen, Herrn Landesrat Habringer, eingeladen haben zu einem Gespräch.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wann? Am 2. 3. beschließen sie das!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Soviel mir bekannt ist, ist noch keine Einigung erzielt worden. Es ist noch keine endgültige Einigung erzielt worden. Daß es zu Änderungen kommen wird, ist anzunehmen. Es betrifft uns sicherlich stark und wir werden unseren Einfluß selbstverständlich geltend machen, daß diese Änderung so günstig wie möglich ausfällt. Ich darf dazusagen, daß diese 160 Millionen Schilling für Wohnbeihilfen aus dem Topf der gesamten Wohnbauförderung bisher genommen wurde und daher die Förderungsmittel - wir selbst haben das am ärgsten gespürt - für den Wohnbau selbst immer mehr eingeschränkt wurden. Ich darf sagen, daß Oberösterreich jenes Land ist, das in dieser Weise die meisten Mittel für Wohnbeihilfen ausgibt. Alle anderen Bundesländer zusammen haben annähernd denselben Betrag. Also alle anderen Bundesländer zusammen haben annähernd denselben Betrag wie in Oberösterreich. Da ist also die Problematik schon gegeben, daß man sagt, man redet darüber. Wir werden mit Herrn Landesrat Habringer gerade diese Problematik, die für Steyr so entscheidend ist, ausführlich behandeln. Ich war unlängst bei einer Tagung des sozialistischen Landtagsklubs, wo ich dieses Problem für unsere Stadt auch angeschnitten habe und darauf hingewiesen habe, daß es für uns ein sehr großes Problem ist und daß man da ja nicht so ohne weiteres darüber hinwegfahren kann und irgend etwas beschließen kann. Sondern unsere Meinung ist in die Entscheidungsfindung im wesentlichen einzubringen. Das ist meine persönliche Meinung. Ich werde alles tun, damit man hier, soweit es geht, Härten vermeidet. Daß es zu Veränderungen kommen wird, ist mit großer Sicherheit anzunehmen.
Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Es handelt sich sicher um ein Thema, das sehr bedeutsam ist. Der Herr Bürgermeister hat schon angeführt die Dimension der Wohnbauförderung in Oberösterreich. Aus dem Stegreif ohne Zahlengrund-

lagen über so eine unübersichtliche Materie zu sprechen, ist unmöglich.

Ich glaube nur, daß der Landesgesetzgeber recht hat, wenn er zwei Dinge - vor allem sind es zwei Dinge - in Diskussion stellt. Das eine ist, ob die Grundlage der Wohnbeihilfe - die war ja Thema Deiner Wortmeldung, Otto - tatsächlich das steuerpflichtige Einkommen sein kann, weil nämlich da doch die eine oder andere Großzügigkeit mit eingebaut ist. Bei dem herrschenden Steuersystem jedenfalls eklatant, beim zukünftigen wahrscheinlich etwas eingeschliffen, um ein Lieblingswort der Steuerpolitiker zu gebrauchen. Folgendermaßen laßt mir das Beispiel bitte zeigen: Es ist beim heutigen Steuerrecht denkbar, daß man eine Lebensversicherung abschließt, dafür eine Prämie von S 1.000 zahlt und dadurch um eine volle Progressionsstufe herunterkommt. Dabei aber die Grundlage für die Wohnbeihilfe gesenkt wird, so daß also per Saldo die Wohnbeihilfe die Lebensversicherung bezahlt. Das ist sicherlich nicht Aufgabenstellung einer Wohnbeihilfe im Sinne dessen, was der Name sagt, eine Beihilfe dazu, daß man sich das Wohnen leisten kann. Es wird also die Wohnbeihilfe in diesem Sinn reformiert werden müssen. Zum Zweiten wird es zweifellos gelten, Härtefälle abzudecken. Ich glaube, man kann sich sicher darüber sein, daß sowohl die Vertreter der sozialistischen Partei als auch die Vertreter der ÖVP und die Freiheitlichen in den Landtagsausschüssen sehr gewissenhaft darüber nachdenken, wie kann man denn den Primärbedarf des Menschen nach gerechter Wohnung durch Beihilfen abdecken, ohne daß man dabei Großzügigkeiten setzt, die sich die öffentliche Hand zur Zeit nicht leisten kann, beim besten Willen nicht. Etwas Zweites wird der Landesgesetzgeber zu bedenken haben, nämlich die Ausstattungsrichtlinien für die Neubauten. Weil ja - das wissen alle, die sich dafür interessieren - da viele Details drinnen sind, die entbehrlich sind zur Zeit, aber gebaut werden, weil sie in den Richtlinien drinnen sind und zu einer Überhöhung der Gesteungskosten der Wohnbauten beitragen. Wenn man das subsidiär nimmt, so sollte das etwa so sein, daß man bestimmte Standardausstattungen sehr wohl drinnen läßt. Ich spreche nicht für die badlose Wohnung oder für die klolose Wohnung, wie ich es einmal in einer Flugschrift gelesen habe, daß das das Ziel dieser Reformen sein sollte. Das ist ja blanker Unsinn, das könnte doch, selbst wenn er inhuman wäre, kein Politiker riskieren, weil er ja nicht mehr wählbar wäre. Aber daß man hier über Details wird nachdenken müssen, und in einem Ausschuß ich höre, zumindest in einem guten Klima darüber nachdenkt, das muß einem von Haus aus einleuchten. Wenn wir nämlich nicht die Kosten in den Griff bekommen für die Wohnungen, so werden wir die Bürger immer wieder überfordern damit. Jeder Mensch hat sein Recht auf eine ihm zukommende Wohnung, das ist gar keine Frage. Es ist erschütternd, daß so viele Menschen in Steyr wohnungsvorgemerkt sind. Wobei ja nicht alles Obdachlose sind, sondern zum Teil Verbesserungen der Wohnsituation oder Hausstandsgründungen zugrunde liegen. Aber der Bedarf muß menschengerecht gedeckt werden und das muß eine Zielsetzung dieser Reform der Wohnbeihilfe und im Gesamtpaket der Wohnbauförderung sein. Daß die Mittel reduziert sind im Ansatz, ich kenne die Budgetansatzzahlen nicht auswendig aus dem Landtagsbudget, das ist aber unbestritten, wenn man die Basis der Förderung senken will.

Ich glaube, man muß sich einmal anschauen, was aus den Verhandlungen als Ergebnis herauskommt und dann werden die nötigen Konsequenzen ohnehin gezogen werden. Ich bin fest überzeugt von allen

Parteien, die im Landtag vertreten sind, ist sicherlich kein einziger dabei, der die Absicht hat, die Wohnbevölkerung im sozialen Wohnbau durch Verordnungen oder Landesgesetz in Not zu stürzen. Die Verhandlungen können wir nicht führen, weil wir nicht in diesen Ausschüssen sind. Aber die Vertreter unserer Partei in diesen Ausschüssen haben von uns - ich glaube, da kann ich wirklich für alle drei Landtagsparteien reden - den Auftrag über die Parteileitungen mitbekommen, in diesem Sinn zu verhandeln.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Pragerstorfer namens der GAL.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, bei der Debatte heute zum Nachtragsvorschlag habe ich kein Beispiel genannt das zeigt, wie man mit kleinen Schritten Stück für Stück in ein großes Problem sich hineinwirtschaften kann. Hier haben Sie eines. Die meisten von Ihnen wissen zumindest grob über dieses Thema Bescheid, viele von Ihnen wesentlich mehr als ich über die Details. Ich habe mich mit den großen Dingen beschäftigt, weil ich auch des öfteren Geförderter war in meiner Karriere als Oberösterreicher. Die Ideen waren am Anfang gut, man fördere den Wohnbau, weil man mit einem Teil staatlicher Mittel sehr viele private Mittel freimacht. Die Leute kommen zu einem Eigentum, das ist die eine Seite. Die anderen will man natürlich auch nicht außen vorlassen, man gibt also Zuschüsse für die, die sich eine teure Wohnung nicht leisten können. So lange das Geld dafür da war, ist das ja wunderbar gelaufen. Im Schatten dieser Regelung hat sich aber langsam Stück für Stück das große Problem hier aufgebaut. Sie werden nie mit den Baukosten zurande kommen, wenn jeder Bauträger weiß, ich kann auch teure Wohnungen vermieten, weil ich bekomme ohnehin genug Leute. Weil die, die es sich eigentlich nicht leisten können aufgrund ihres Einkommens, die bekommen halt eine Wohnbeihilfe und dann geht es wieder. Endergebnis, nach 30 oder 40 Jahren sozialem Wohnbau kann man zum sozialen Wohnbau eines sagen, es ist fast kein Wohnbau, aber sozial ist er auf keinen Fall. Es hat eigentlich keinen Ansatz gegeben, das sagen alle die Leute, die das untersucht haben und alle, die das ehrlich eingestehen, keinen Ansatz. Ob es privatwirtschaftlich finanziert ist, oder genossenschaftlich, ob Städte oder sonstige Bauträger gebaut haben, der verhindert hat, daß die Baukosten überdurchschnittlich zu den sonstigen Kosten in unserem Land gestiegen sind. Irgendwann einmal geht das natürlich nicht mehr weiter und da hat man wieder einmal - das ist auch eine Sache, die bei uns beim Budget zutreffen kann - zu lange gewartet, Mißstände abzustellen und das ganze System überhaupt neu zu fassen. Jetzt ist der gute Rat sehr teuer. Ich kann mir vorstellen, für eine Lösung, die alle zufriedenstellt, können Sie ohne weiteres im Ausgleich dazu Wohnbau-Landesrat werden, den Posten bekommen Sie leicht für eine gute Lösung. Wenn man so weiterwirtschaftet, ist alles sehr sehr schwierig. Wie wird denn die Lösung ausschauen? Die Großen werden sich, wie schon im vorangegangenen Teil beim Bundesbudget, wo man angefangen hat, die Wohnbauförderungsmittel überhaupt nicht mehr so stark steigen zu lassen oder einzuschränken, werden sich halt auch im Land die Großen einigen, man wird die Mittel schrumpfen lassen, man wird versuchen, ein Kräfteverhältnis herzustellen zwischen denen, die Eigentum schaffen wollen,

damit dort auch wieder einmal etwas geschieht, weil da stehen ja auch Interessen dahinter von der Bauindustrie und von anderen Vertretern dieser Leute. Man wird auf der anderen Seite schauen, daß das Übel bei den Leuten, die eine Mietwohnung haben, nicht zu groß wird. Wer fällt am ehesten dazwischen hinein? Das sind die Leute, die ein sehr geringes Einkommen haben und die jetzt Wohnungen bekommen haben, die sonst leer stehen würden, aufgrund der Wohnbeihilfe und die immer schon gewohnt haben, daß man sie am leichtesten delogiert. Die wird es wahrscheinlich am ehesten treffen. Nur ich kann mir nicht vorstellen, daß das System so weitergeht, es muß etwas geschehen. Und wie das halt immer ist in unserem freien Spiel der Kräfte, so weit sind wir ja, ein freies Land, es fallen ein paar zwischen die Sessel. Sie können sich ganz deutlich ausrechnen, wer das sein wird. Die Stadt kann etwas dazu tun, das zu lindern, denn das ist eine begrenzte Anzahl der Fälle. Dieser Aufgabe hat sie sich bisher immer gestellt und wir werden sehen, wie gut sie das machen kann mit ihren Mitteln und kann hier etwas beitragen. Aber ich glaube nicht, daß das System an sich weiter so zu halten und weiter fortzuschreiben ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der FPÖ bitte Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister!

Die Diskussionsbeiträge haben ja gezeigt, daß Kollege Treml ein Thema heute in der Aktuellen Stunde aufgegriffen hat, das zweifelsohne von sehr großer Bedeutung ist. Nachdem schon sehr viel dazu gesagt wurde und auch sehr viel Richtiges dabei war, möchte ich mich sehr kurz halten. Ich schließe mich jedenfalls der Meinung des Kollegen Holub an, daß es durchaus notwendig ist und auch gerecht ist, eine Reform in diesem Bereich durchzuführen, denn man darf eines nicht vergessen. Es hat ja wirklich sehr viele Nutznießer dieser Wohnungsförderungen gegeben, aber auch sehr viele, meine Damen und Herren, die diese Gelder zahlen mußten, um jene, die schon bevorzugt sind - wie man aus Zeitungsartikeln immer wieder lesen kann - und noch dazu eine Wohnbauförderung bekommen. Also die Berechnungsgrundlage stimmt sicherlich nicht. Ich darf daher den Appell an den Herrn Bürgermeister richten, daß er alles daransetzt, sollte es zu einer Reformänderung kommen, was ich ja nicht befürchte aber jedenfalls feststellen muß, daß diese nicht so ausschauen darf, daß wiederum die Armen zum Handkuß kommen, das heißt, die Armen noch ärmer werden und die Reichen noch reicher. So sehe ich das Problem, das zweifelsohne in diesem Bereich liegt.

Kollege Treml, ich kann Dir versichern, ich gehöre zu jenen, die keine Förderung beziehen. Ich beziehe keine Wohnbeihilfe, weil es sich gerade nicht ausgeht. Aber es ist ja nicht meine Aufgabe, hier für mich im Gemeinderat zu sprechen, sondern für jene zu sprechen, denen es noch ein wenig schlechter geht wie mir.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Eichhübl und frage ihn gleich, ob er ein Thema hat? Bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist nun doch etwas ruhiger geworden am Stadtplatz wegen der eingestellten Bautätigkeit. Der Verkehrsfluß am Stadtplatz hat sich allerdings nicht beruhigt. Es wird sich auch in Zukunft nichts ändern, was diesen Verkehrsfluß betrifft, denn nach wie vor soll der Stadtplatz als Zufahrt zu den Parkplätzen am Ennskai dienen. Das, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ist der Grund, warum immer wieder Fragen auftauchen seitens der Bevölkerung, wie denn nun die tatsächliche Verkehrsberuhigung unter Hintanhaltung des Individualverkehrs am Stadtplatz in der Zukunft aussehen soll und wann und wo man notwendige Parkplätze in Zentrumsnähe errichten wird. Es gibt da eine neue Version, ein neues Angebot der Bundesbahn, im Bahnhofsbereich ein sogenanntes Parkdeck zu errichten und die Verantwortlichen unserer Stadt haben sich nun Gedanken zu machen, falls dieses Projekt realisiert wird, wie man so rasch als möglich von diesem Parkplatz in das Zentrum und wieder zurückgelangt, vor allen Dingen was die Fußgänger betrifft.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich aber jetzt vorerst gar nicht so sehr mit dem Thema Parkdeck beschäftigen, sondern möchte auf die Wortmeldung anlässlich der letzten Gemeinderatsitzung in der Aktuellen Stunde von mir zurückkommen, wo ich dieses Thema bereits angeschnitten habe, und darf folgendes in Erinnerung rufen. Ein im Steyrer Amtsblatt im Spätsommer vorgestelltes Projekt einer Abfahrtsrampe hat ja, wie wir alle wissen, große Diskussionen verursacht. Die Steyrer Freiheitlichen haben eine Umfrage am 15. Oktober am Stadtplatz gemacht und ein Alternativprojekt zu dieser Abfahrtsrampe, nämlich von der anderen Seite her zur Diskussion gestellt. In dieser Vorstellung war auch ein Parkplatz berücksichtigt, der im Bereich des Ennskais auf Stützen errichtet werden soll. Wir haben aber nicht nur eine Direktbefragung am Stadtplatz gemacht, sondern haben auch 1.060 Fragebögen an repräsentative Bevölkerungsteile ausgesandt, um hier die Meinung der Steyrer Bevölkerung zu erforschen. Das Ergebnis liegt nun vor und deswegen halte ich es für so wichtig, dieses Thema heute nochmals zur Sprache zu bringen, um Ihnen dieses Ergebnis bekanntzugeben und es zur Diskussion zu stellen. 94,6 Prozent würden eine Neutorbrückenabfahrt bevorzugen, also wären für das vorgestellte Alternativprojekt, das wir eingebracht haben. 1,3 Prozent - Kollege Treml, ich habe bereits darauf hingewiesen, daß wir 1.060 Fragebögen ausgesandt haben, zurückgekommen sind 224, das sind 21 Prozent. Das wurde ja bereits in der Steyrer Zeitung bekanntgegeben. Es waren also 21 Prozent Rücksendungen zu vermerken und davon würden 94,6 Prozent für eine Neutorbrückenabfahrt sich aussprechen, 1,3 Prozent würden für ein Magistratsporjekt eintreten, also für die andere Variante, 56,8 Prozent wünschen sich mehr Parkplätze am Ennskai durch eine in die Enns hineinragende Stützenparkfläche. 43,2 Prozent lehnen zusätzliche Parkplätze am Ennskai ab, 78,4 Prozent treten gegen eine Stadtplatzbefahrung ein und wünschen einen verkehrsfreien Stadtplatz. 82,4 Prozent sind für eine amtliche Bürgerbefragung, bevor Entscheidungen getroffen werden. 6,8 Prozent treten für ein Parkhaus beim Schiffmeisterhaus ein - diese Antwort wurde zusätzlich geäußert, ohne daß sie in unserer Fragestellung aufgeschienen ist.

Wir, meine Damen und Herren, ziehen aus dieser Befragung den

Schluß, daß für 78,4 Prozent - wie gesagt handelt es sich um eine repräsentative Umfrage - ein verkehrsfreier Stadtplatz von besonderer Bedeutung wäre, und daß vor allen Dingen 82,4 Prozent ein Mitspracherecht wünschen bei zukünftigen Entscheidungen rund um unseren Stadtplatz.

Ich darf Sie daher bitten, meine Damen und Herren des Gemeinderates, diese Wünsche zu berücksichtigen und ein besonderes Maß an Bürgernähe zu praktizieren, indem man - falls weitere Entscheidungen getroffen werden in absehbarer Zeit - eine Befragung unserer Bevölkerung durchführt. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Pimsl bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Verkehrsproblem Stadtplatz und Innenstadt, Grünmarkt, Enge, Ennskai. Ich glaube, es müßte eigentlich jedem in Erinnerung sein, daß von Haus erklärt wurde, daß die gegenwärtige Lösung am Stadtplatz nur eine Etappenlösung darstellt und keine endgültige sein kann. Aus verschiedenen keine endgültige sein kann, weil im Zusammenhang mit den Parkplätzen am Ennskai auch eine Ab- oder Zufahrt zu klären ist. Diese Frage hat einige interessierte Architekten, Baumeister, Planer bewogen, auf Privatinitiative ohne Auftrag der Gemeinde, Modelle über eine solche Lösung zu erstellen und zwar an der Zwischenbrücke. Und zu dem Modell, das uns am geeignetsten von den bisher bekannten Modellen erschienen ist, bekenne ich mich. Und ich glaube alle, die sich mit diesem Modell ein wenig näher beschäftigt haben, bekennen sich dazu, daß wir diese Lösung als einen Weg bezeichnet haben, der interessant ist. Ob er gangbar ist, konnten wir zu der Zeit noch nicht feststellen, aber ich sage ohne weiteres, eine Variante ist, die uns durchaus interessant erschienen ist. Wenn jemand etwas anderes sagt, dann hat er sich möglicherweise in seiner Meinung geändert. Das muß ich auch akzeptieren. Daß dann aus verschiedenen Gründen und vor allem auch aus Überlegungen von Anrainern - die Motive dafür sind sehr unterschiedlich, lieber Freund, das weißt Du auch. Denn wenn man einige Initiatoren dieser sogenannten Bürgerbewegung ein wenig näher unter die Lupe nimmt, dann weiß man sehr wohl, daß hier sehr begrenzte private Interessen im Vordergrund stehen und weniger die Stadt im allgemeinen berührende Interessen miteinbezogen werden. Was aber durchaus verständlich erscheint, denn jeder Mitbürger, der hier unmittelbar am Stadtplatz oder in der Umgebung wohnt, ist von einer Lösung dieses Bereiches mit betroffen. So und so. Daher ist ja an und für sich keinerlei Kritik zu üben an einer Befragung der Bevölkerung, wie dies durch die FPÖ geschehen ist. Ich kenne auch die rückläufigen Prozentsätze bei solchen Aktionen nicht unbedingt. Zahlenmäßig sind sie nicht allzu groß, aber sie mögen durchaus ein gewisses Bild der Wünsche der Bevölkerung geben, sofern dies aus dem Steyrer Bereich erfolgt ist und sich nicht viele angesprochen haben, die irgendwo wohnen, ein gewisses Interesse an unseren Verkehrswegen haben, aber nicht das Interesse haben, das die Bewohner dieser Stadt und vor allem dieses abgegrenzten Bereiches naturgemäß haben.

Wir glauben, daß sehr wohl aufgrund der neuen Situation, die sich durch das Projekt der Bundesbahn ergibt, wir gut beraten sind, vorläufig die Frage eines zusätzlichen Parkplatzes oder eines Parkhauses so weit reifen zu lassen, daß man konkret sagen kann, wann und wie eine solche Parkraumlösung aussieht. Danach wird sich zweifellos mit einer Verkehrsregelung in der Innenstadt verbinden. Ich glaube aber, Kolleginnen und Kollegen, hier ist eine eigenartige Situation und ich habe das heute Vormittag selbst mit Kollegen und miterlebt, daß man sich eigentlich fragen muß, was kann man überhaupt noch tun, um attraktive Verkehrslösungen anzubieten? Denn wir haben eines getan, auch einstimmig, und ich glaube sehr wohl überlegt einstimmig. Wir haben den gesamten Ennskai zur Kurzparkzone erklärt und haben jetzt aufgrund einer Gesetzeslücke noch die Chance, ihn unentgeltlich zu benützen, obwohl wir vorhaben, den Ennskai gebührenpflichtig zu machen. Darüber wurde ja schon diskutiert, aber kein Beschluß herbeigeführt. Ich muß mich fragen, warum es möglich ist, daß es partout nicht gelingt, nach 4 Wochen Probelauf den Stadtplatz etwas geordneter von geparkten Pkws zu gestalten, während zur gleichen Zeit und Stunde am Ennskai genügend Parkplätze vorhanden sind, um Pkws abstellen zu können? Kolleginnen und Kollegen, dann frage ich mich, ob dem Verkehrsteilnehmer überhaupt noch mit Argumenten beizukommen ist, die man mit Vernunft erklärt. Es kann mir niemand erklären, wenn wir drüben am anderen Ufer der Enns zum Schluß ein Parkhaus bekommen, dann wird es deswegen einer nicht annehmen, weil wenn ihm die 150 oder 200 Meter vom Ennskai zum Stadtplatz zu viel sind, wie soll man denn dann die Leute von dort herüberbringen, wenn ich ihn nicht in der Sänfte herübertrage. Dann beschwert sich vielleicht noch so mancher, daß ihm das zu lange dauert.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen doch einmal die Dinge realistisch betrachten. Ich bin der Auffassung, daß man sehr wohl eine bürgernahe Lösung zu erarbeiten hat, aber sie kann nicht so aussehen, daß wir goldene Eier legen und dann sind sie noch zu wenig. Sie kann doch nur so aussehen, daß das Machbare möglich gemacht wird. Machbar erscheint mir, daß wir zusätzlichen Parkraum bekommen und das scheint jetzt in ein realistisches Stadium zu kommen. Es war auch mit ein Gedanke der FPÖ, durch einen Cityverkehr zur Entlastung mit beizutragen, aber ich werde schön langsam auch verunsichert, wenn ich die Situation, die täglich passiert, mir vor Augen halte. Wir können die Leute sogar zum Nulltarif führen und sie werden noch nicht hereinfahren, weil die wollen das Auto nach wie vor an jenen Stellen parken, an denen es eigentlich nicht erlaubt ist. Ich bin heute Vormittag beim Eingang hinausgegangen, da stehen mehrere Polizisten beisammen und da habe ich mir die Situation angesehen am Stadtplatz. Ich habe gesagt, meine Herren, ich kann nur Euren Großmut bewundern, weil offenbar kann man sich wirklich in Steyr hinstellen wo man will und es passiert nichts. Es gibt ja eindeutige Beschlüsse und Markierungen. Man sollte dort einfach nur strafen, aber es gibt Zeitgenossen, die anscheinend ohne Strafe nicht bereit sind, einmal klein beizugeben und das zu tun, was Gesetz und Verordnung und letztlich auch die Straßenverkehrsordnung von jedem von uns verlangt.

Ich habe es sehr begrüßt, Kolleginnen und Kollegen, daß meine Bitte und mein Hinweis, daß es zukünftig für den Gemeinderat nicht mehr zumutbar ist, sich selbst Ausnahmen zu bewilligen und während der Sitzung hier parken zu können, angenommen wurde. Weil wir uns nicht

als etwas Besseres halten sollen als andere Bürger. Ich kann erfreut feststellen, daß ich sehe, daß sich niemand dieser neuen Regelung verschließt. Es bleibt jeder dort stehen, wo er nicht beanstandet wird, weil dort sein Pkw erlaubterweise längere Zeit parken darf.

Kolleginnen und Kollegen, wir sollten auch eines tun, daß wir uns dazu bekennen und wir werden nie eine Lösung über die Runden bringen, wenn wir augenzwinkernd den Zustand tolerieren, wie er gegenwärtig ist. Wenn es momentan auch noch da oder dort Baustellenbereiche gibt, ich habe bereits gebeten und es ist veranlaßt worden, möglichst rasch eine Ordnung hineinzubringen. Wir haben schon vor 14 Tagen zugesagt und heute ist es noch nicht passiert, und das kann man nicht nur mit schlechter Witterung begründen, sondern hier muß auch einmal von jenen Firmen, die da arbeiten, eine gewisse Termintreue verlangt werden können. Man sollt nicht die Politiker dafür kritisieren, weil andere absolut nicht bereit sind, ihre Auflagen zu erfüllen. Da muß man halt auch etwas härter vorgehen. So kann es auf Dauer meiner Meinung nach nicht toleriert werden.

Jetzt kommen wir zum weiteren Problem. Rund um den Leopoldi-Brunnen haben wir den Platz durch Blumentröge abgegrenzt. Ich weiß, sie sind momentan nicht sehr ansehnlich, weil die Bepflanzung alles andere als schön ist, aber sie erfüllen einen gewissen Zweck. Es bleibt uns wahrscheinlich gar nichts anderes über, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, daß wir die Blumentröge weggeben, denn wenn wir sie dort belassen, wird jeder dort sein Auto abstellen oder wir geben noch ein paar Tafeln hin, wo steht halten verboten. Dann haben wir mitten am Stadtplatz einige Verkehrstafeln mehr, ohne daß sie jemand beachtet. Es muß doch möglich sein, den Verkehrsteilnehmer zur Vernunft zu bringen, weil an fehlendem Parkplatzangebot für Besucher, die kurzzeitig am Stadtplatz oder in der Nähe zu tun haben, steht derzeit ausreichend Parkplatz zur Verfügung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich darf sagen, daß ich in vielen Äußerungen im besonderen der Geschäftswelt nur Zustimmung bisher gefunden habe, weil wirklich Parkmöglichkeiten in genügendem Maß vorhanden sind. Es ist ein Problem, daß man die Autos vom Stadtplatz wegbringt und es ist wirklich nur eine vorläufige Regelung. Die meisten Verkehrsteilnehmer und auch die meisten Besucher des Stadtplatzes sprechen sich auf Sicht gesehen dafür aus, daß ein autofreier Stadtplatz eingeführt wird. Das ist die Tendenz, die man aus der Bevölkerung her hört.

Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Auch das ist ein Thema, das uns sehr hautnah bewegen muß. Ich stimme mit Kollegen Pimsl überein, so wie es jetzt aussieht, kann es unmöglich weitergehen. Der Wochenmarkt kann praktisch nicht stattfinden, weil die Marktflächen verparkt sind. Wenn ausnahmsweise einmal weniger Autos am Stadtplatz sind, gibt es erstaunlicherweise schon mehr Parktafeln, also Verkehrszeichen, als die Laterne, um die wir so gestritten haben. Wo ein Stadtrat ausgiebig zitiert wurde in der Presse. Das Ziel ist einigermaßen verfehlt worden. Wenn keine Autos da sind, ist das gestaltende Merkmal

am Stadtplatz das Verkehrszeichen. Wenn man einmal die Mühe sich macht, vom Grünmarkt in die Stadt hereinzugehen, um die Verkehrstafeln zu zählen, dann muß man sich ganz schön konzentrieren, daß man die richtige Zahl mitbringt - und die Tafeln werden einfach ignoriert. Sicher gibt es ein kleines Problem, wenn die Parkfläche verparkt ist auf der Kurzparkzone vorne oder in der Ladezone, dann kann der Fremde, der herkommt, möglicherweise das Taferl gar nicht mehr sehen, weil es dort ist, wo früher der Gehsteig war und nicht dort ist, wo er hineinführt. Mit der eigenwilligen Aufstellerei der Fahrzeuge ist die Übersichtlichkeit ja wirklich sehr schlecht gegeben. Das dürfte, nehme ich an, eines der Probleme sein und nicht nur die Böswilligkeit unserer Mitbürger. Ich kann mir nicht vorstellen, daß alle Steyrer justament boshaft geworden sind und auf den Stadtplatz fahren. Wenn es aber keine Steyrer sind, dann glaube ich stimmt das, daß die Taferl zwar zahlreich aber unsichtbar sind. Das wird eine Rolle spielen. Dann gibt es noch die Infektion, der eine steht dort, der andere stellt sich auch hin. Das haben wir ja in der Umbauzeit bis zum Überdruß genossen.

Die Zustimmung hört man aus der Geschäftswelt, daß jetzt Parkplätze für Kunden vorhanden sind am Kai. Dort wird auch auf "Teufel komm raus" gestraft von der Polizei, am Stadtplatz eben nicht. Ich glaube, daß das auch etwas ist, aber man kann nicht nur mit Strafen erziehen. Darf ich aus einem Brief, den mir ein sehr honoriger Steyrer geschrieben hat, der, weil er sehr machtvoll in der Stadt war, - ich weiß ganz genau, warum ich seinen Namen nicht nenne - auszugsweise zitieren. Die Verkehrsbeschränkungen am Stadtplatz führen immer mehr zur Parkplatzsuche im Rundreiseverfahren und diese Suche endet häufig vor den Garagenausfahrten der Anrainer oder an sonstigen unerlaubten Stellen. Mit polizeilichen Anzeigen allein kann sicher keine Dauerlösung erreicht werden. Andere Städte schaffen entsprechende Ersatzabstellplätze, bevor die Stadt und das Einkaufszentrum vom Autoverkehr befreit werden. Rampenabfahrten auf den Ennskai gehen am Problem vollkommen vorbei und stellen überdies einen starken Eingriff in die historische Stadtlandschaft dar. So weit so gut. Alles richtig, nur die Situation haben wir halt jetzt. Wir werden versuchen müssen, damit fertig zu werden. Hoffnung können wir haben aus dem Projekt der Bundesbahn mit dem Parkdeck, nur die Gestaltungskomponente des Übergangs von dort nach da ist keine sehr einfache. Vorhin im Gespräch über dieses Thema hat der Bürgermeister zu mir gesagt, er glaubt, daß es am klügsten wäre, einen Architektenwettbewerb rechtzeitig zu veranstalten. Ich unterstreiche das durchaus. Es ist ein so sensibles Gebiet dieses Innenstadtgebiet, daß nicht jeder Vorschlag gangbar sein kann, jedenfalls nicht der, der von einer Initiative präsentiert wurde mit der Glasbrücke. Ich glaube, daß das auch zwar eine zweckmäßige Lösung ist, aber in das Stadtbild sich eher problematisch einordnet. Ich bin nicht ganz sicher, ob wir wirklich das Projekt der Bundesbahn abwarten dürfen, bis die Überlegung zu einem Parkdeck beim Schiffmeisterhaus weitergetrieben wird. Denn die Bundesbahn hat uns schon vor 10 Jahren angekündigt, daß der Fahrplan verbessert wird nach Steyr - bis heute ist er noch so. Jetzt bekommen wir zwei Züge, die fahren zu einer Zeit, wo wir sie nicht brauchen. Der Herr Bürgermeister hat darauf aufmerksam gemacht in seiner Berichterstattung zu Eingang der Sitzung. Ich glaube, wir sollten wirklich darüber nachdenken, ob wir nicht

einen Architektenwettbewerb veranstalten können mit dem Thema Parkhaus jenseits der Enns und Übergang in die Stadt unter Einbindung einer Verbindung von dem Parkdeckprojekt der Bundesbahn zum Kai und zum Stadtplatz. Vielleicht sollten wir auch die Architekten darüber nachdenken lassen, wie der Kai und der Stadtplatz harmonisch verbunden werden können. Eines der Probleme, warum der Kai als Parkplatz nämlich nicht akzeptiert wird, ist meiner Meinung nach die schlechte Fußgehersituation in der Kaigasse. Die ist ja außerordentlich gefährlich. Und die mangelhafte Attraktivität der Eingänge zu den zahlreich vorhandenen Durchgängen herauf in der Enge Gasse und vorne. Ich glaube, daß man über die Gestaltung nachdenken muß, dann hätte man auch die Akzeptanz beim Bürger.

Ich wünsche mir sehr, daß zwei Dinge zutreffen. Zum Ersten, daß Ihr mir wieder zuhört, liebe Kolleginnen und Kollegen, und zum Zweiten, daß dieser Architektenwettbewerb greifen möge. Die Sache mit den Rampen, ja ich glaube wirklich, daß man da zuerst mit Provisorien arbeiten sollte, wie es ja auch diskutiert wird, bevor man Bauwerke errichtet, die einem dann Leid tun. Das einmal ausprobiert und vor allen Dingen auch wird eines noch zu lösen sein. Die Geschäftswelt bedankt sich zwar für den Kundenparkplatz, weiß aber nicht, wo sie die Lieferfahrzeuge hinstellen soll. Ich glaube, es sind zahlreiche Briefe an den Herrn Bürgermeister gerichtet worden, wie weit man da mit Ausnahmeregelungen zufriedenstellen kann, wage ich nicht abzuschätzen. Das wird sicherlich sehr schwer sein, weil als nächstes kommt dann der Bürger B und der Bürger C mit seinem aus seiner Sicht berechtigten Anliegen und dann wird die Ausnahme wieder der Standard.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Die Ansuchen um Bewohnerparkflächen sind bisher in sehr geringer, erfreulich geringer Anzahl gestellt worden und das beweist mir, daß mehr Garagen vorhanden sind, als wir manchmal glauben und daß die Notwendigkeit, einen solchen Parkplatz zu bekommen, von den Antragstellern sehr wohl überlegt wird. Das ist sehr positiv.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich glaube, daß die Bürger ohnehin recht mit Akribie mitmachen, wenn man sie läßt. Da kann man hier auch Hoffnung schöpfen. Ich bitte wirklich inständig darum, daß man die Möglichkeit des Architektenwettbewerbes überlegt, weil ich auch weiß, daß es öffentliche Förderungen gibt von übergeordneten Stellen für derartige Wettbewerbe. Das Geld sollten wir wirklich nicht liegen lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich möchte dazusagen, als Bürgermeister dazusagen, daß man nicht übersehen soll, wenn das Parkdeck beim Frachtenbahnhof kommt, wir werden eine gewisse Diritissima, darüber werden wir nicht hinwegkommen, daß man darüber diskutiert, wie der Weg am kürzesten ist. Aber daß man auch untersucht, ob es nicht denkbar ist, unseren langen Wunsch, der immer wieder vorgebracht wurde mit einem Zubringerdienst. Bevor man etwas baut in einem so sensiblen Gebiet, soll man untersuchen, wie ein Zubringerdienst funktioniert. Das sollte man zunächst probieren, bevor man in einem so sensiblen Gebiet etwas macht. Ansonsten bin ich natürlich dafür, wenn man schon etwas macht, daß man die Meinungen vieler hört, weil wir wissen, wie

kritisch gerade in diesem Bereich Bauwerke sind.
Kollege Pragerstorfer zu diesem Thema.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Wenn Direktor Zagler nicht im Gemeinderat sitzt, schwätzen die Madln und Buam.

Kolleginnen und Kollegen, wenn man die Entwicklung jetzt so verfolgt, von meiner Seite schon sehr viel eitel Freude und Wonne, wie sich diese Diskussion weiterentwickelt zu dem Thema. Zuerst einmal zu Kollegen Eichhübl, ich weiß, wieviel Arbeit das ist, Fragebogen auszuschicken, auszuwerten und solche Dinge zu tun, mit dem Ergebnis, Bürgerbeteiligung ist machbar, Herr Nachbar. Ich habe aber doch herausgehört, ein paar Fragen haben Sie aber sicher nicht gestellt. Nämlich was die Leute von einer Lösung beim Bahnhof halten bzw. was die Leute von einer Lösung Parkplatz beim Schiffmeisterhaus halten. Da war nichts davon drinnen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das war ja zu einem Zeitpunkt, wo ja das noch nicht bekannt war.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Es ist rein um Ihren Vorschlag gegangen, okay.
Rein von der statistischen Methodik würde ich sagen, wenn Sie ein Meinungsforschungsinstitut beauftragen, bekommen Sie ungefähr dieselben Zahlen. Sie können also schon annehmen, daß, auch wenn Sie mehr Leute befragen, die Verhältnisse ungefähr gleich sind. Man kann davon ausgehen, daß das ehrlich und sachlich gemacht worden ist. Ich nehme halt das eine heraus, sehr viele Leute wollen ihre Meinung äußern nach dem Motto "mögen täten sie schon wollen, aber zum Dürfen-Trauen wären sie gerne aufgefordert worden. Das heißt, wenn man auf die wartet, die sich selber äußern in Form von Bürgerbewegungen, dann hat man halt die, die sich trauen oder die, die sich besonders betroffen fühlen. Wenn man wirklich will, daß eine breite Beteiligung da ist, muß man die Leute auffordern. Die Möglichkeit ist gegeben. Darum von der Verfahrensweise her mein Appell an Sie, nicht einen Grundsatzbeschuß im Präsidial-Planungsausschuß, sondern die drei oder vier Varianten, die da sind, gleich weit entscheidbar machen. Nebenbei mit allen Vor- und Nachteilen, mit den sachlichen Grundklärungen vielleicht, über die die Stadt Steyr ja verfügt, in die Öffentlichkeit zu bringen und die Leute direkt dazu auffordern, jetzt sagt etwas. Ein oder zwei Monate habt Ihr Zeit, jetzt sagt etwas. Ich freue mich auch sehr, daß trotzdem, wenn man schon so Richtungen und Tendenzen abnehmen kann, eher die Richtung Praktik beim Bahnhof, Praktik auf der anderen Ennsseite, schön langsam mehr Befürworter bekommt. Es ist nämlich eines beim Ennskai sehr nachteilig, wenn man dort, wo auch immer, eine Abfahrt baut und den Ennskai weiterhin mit Autos bevölkert, wird das halt auf lange Zeit so bleiben. Egal, was dann die Erkenntnisse sind. Dann ist einiges Geld verbaut und dann machen wir das nicht so schnell. So haben wir die Varianten offen, nur den Stadtplatz autofrei oder Stadtplatz und in weiterer Folge auch Ennskai autofrei. Aber selbst das sollten wir möglichst öffentlich diskutieren. Dann kann ich mir schon vorstellen, daß wir doch einmal eine Entscheidung mitbekommen, wo sich dann hinterher niemand nicht nur dafür schämen muß, sondern auch niemand rechtfertigen muß, wie denn das jetzt wieder zustande gekommen ist.

Zu den Autofahrern, wir sind leider Österreicher, wir haben eine österreichische Mentalität. Erinnern Sie sich noch an die Geschichte mit den Sicherheitsgurten? So lange es noch freiwillig war, 80 Prozent haben sie nicht angelegt, von denen die sie hatten, 20 Prozent haben es getan. Dann war es ein Gesetz und dann hat sich innerhalb eines halben Jahres alles umgedreht. Das heißt, die Österreicher müssen nach wie vor zu allem gezwungen werden. Das ist wirklich so und widerspricht eigentlich unseren Vorstellungen und Wünschen von der Einsicht der Menschen, ist aber ein Faktum. Das heißt, mit so viel Geduld und Überredungskunst als möglich und mit so wenig Gewalt als nötig die Leute dazu zu bringen. Ich bin schon dafür, wenn die Entscheidung einmal gewählt ist, daß man dann eisern und hart bleibt. Daß wir uns als Gemeinderäte daran halten und daß wir die anderen dazu zwingen. Wer da nicht stehen darf, der soll nicht. Ich kann mir nicht vorstellen, nachdem man da unten die Polizei sitzen hat, die gerne einen Auslauf macht rund um den Stadtplatz, daß die das nicht schaffen. Das ist ja wirklich so, um 11 Uhr abends sind sie alleine mit 3 Polizisten am Stadtplatz.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das darf aber Kollege Ramoser nicht hören.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Der hat ja keinen Auslauf, der hätte ja auch gerne einen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das nicht leichter als irgendwo sonst in Steyr machbar wäre, daß man die Leute mehr oder weniger sanft dazu zwingt, daß sie das tun. Wenn wir einen gemeinsamen Entschluß fassen und die Bevölkerung beteiligt wird, haben wir auch die nötige Unterstützung gegen die Leute, die es immer uns bequem machen. Das glaube ich schon sehr stark. Es wird natürlich nicht ohne lange Gewöhnungszeit gehen. Die Regelungen sind jetzt noch zu neu, Sie müssen wirklich etwas Geduld haben. Ich glaube, es wird sich schon verbessern und ein bißchen nachhelfen wird wahrscheinlich nicht schaden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Treml als Letzter.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich werde jetzt nicht Kollegen Pragerstorfer ergänzen, daß man noch mehr die Autofahrer schröpfen soll. Aber ich möchte vielleicht ein paar Bemerkungen machen. Entscheidend ist, daß diese Verkehrslösung, wie wir sie jetzt vorfinden, keine endgültige Lösung ist, sondern es sich um eine Übergangslösung handelt. Es hat ja eine Reihe von Diskussionen gegeben, da brauche ich keine Befragung vom Bürgerstandl, du warst ja glaube ich nicht dort. Hast Du in der Arbeiterkammer geredet, wie der Wüstner dort war? Der hat klipp und klar erklärt, wie man schnell zu freien Parkplätzen kommt und hat dort ein Gerät offeriert wie ein Supervertreter - da hat er ja recht. Wenn man dem folgen würde mit der Bewirtschaftung, dann hätten wir wahrscheinlich über eine bestimmte Zeit noch mehr Parkplätze am Ennskai frei, wie sie derzeit sind. Ich möchte grundsätzlich dazu sagen, ich bin - ich habe das auch schon dort geäußert und auch schriftlich geäußert - gegen die Abfahrtsrampen, die da ad hoc in die Bevölkerung offenbar zur Meinungsbildung hineingeschmissen wurden. Ich erinnere mich, solche Abfahrtsrampen hat es vor 1978 oder 1979 geplante schon gegeben. Die liegen in der Tischlade in unserem Bauamt oben, als wir nämlich die Brücken gesperrt haben und neue gebaut haben. Da war ja der Gedanke, wie kommen wir zum Ennskai? Da war ursprünglich gedacht, man baut eine Abfahrtsrampe gleich bei der Ennsbrücke bei der Apotheke hinunter. Das ist natürlich dann später von den Planern verworfen worden, vom Bundesdenkmalamt und schließlich dann auch von uns Politikern. Jetzt gräbt man wieder um und versucht, die eine oder andere Lösung zu

treffen im Sinne der Autobesitzer.

Ich möchte nur eines dazusagen. Ich glaube, das können wir vergessen in der heutigen Zeit. Sehen wir uns um in unserem eigenen Land, wir brauchen nicht ins Ausland fahren. Es gibt viele so kleine Städte in der Umgebung, die auch eine so prekäre Situation mit den Pkws gehabt haben in der Innenstadt, wie sie das gelöst haben. Die ÖVP hat einen Vortrag gemacht und hat alle Fraktionen eingeladen zur ÖVP-Veranstaltung. Dort hat ein wirklich fundierter Mann gesprochen, der auch mitentscheidend war bei der Umgestaltung in Krems. Dort kann man durchgehen, dort gibt es kein Auto, da kann man wirklich spazieren gehen und die Geschäftswelt dort ist nicht zugrunde gegangen. Ich möchte auch ein einheitliches Beispiel, nämlich in Steyr selbst noch einmal anführen, und zwar die Enge Gasse. Ich glaube ich war damals einer der ersten - aber das spielt überhaupt keine Rolle - der aufgrund der Verkehrsmisere, die es dort gegeben hat vor allem für die Fußgänger, gesagt hat, dort gehört eine Fußgeherzone. Die haben mich doch monatelang nicht mehr begrüßt auf das hinauf. Heute sind alle glücklich darüber und heute schneiden sie mir sogar wieder die Haare, was sie damals nicht gemacht hätten.

Ich möchte auch hinzufügen, daß ich bei dieser öffentlichen Diskussion, wo die Betroffenen im Arbeiterkammersaal waren, es waren vorwiegend Geschäftsleute, die gefehlt haben, die, die gerne da herumfahren wollen, das muß ich auch sagen. Hier hat man wieder ein bißchen dem Drängen meiner Meinung nach dieser Geschäftsleute nachgegeben. Wir haben gesagt, wir werden den Stadtplatz so weit wie möglich freihalten von Pkw-Abstellflächen, man hat das zwar von der einen auf die andere Seite verlegt. Ich glaube, 21 war der erste Vorschlag, dann sind ein paar Geschäftsleute gekommen, ich kann nicht be- und entladen usw. Dann hat man wieder einen Kompromiß geschlossen, dann sind es 23 geworden. Die Baumaßnahmen haben erfordert, daß der Grassnigg wieder ummarkiert hat, jetzt haben wir sie halt wieder am südlichen Teil vom Stadtplatz. Dort haben wir die Misere, daß wir nicht einmal den Wochenmarkt abhalten können. Ich glaube, wenn man dort gleich entschieden hätte, auch diese 21 oder 23 Abstellflächen wegzugeben vom Stadtplatz, hätte das sicher nicht dazu geführt, daß die Geschäftswelt in Steyr zugrunde geht. Ich möchte nur eines sagen, ich bin ja nicht tagtäglich am Stadtplatz, ich muß mich informieren durch die Zeitung, was hier vor sich geht. Aber die Geschäftswelt hat sich bedankt ganz öffentlich bei den Steyrer Stadtpolitikern über diese gute Lösung, nämlich daß man die Dauerparkplätze, die 50 Prozent, die am Ennskai waren, 100 prozentig zu Kurzparkzonen gemacht hat. Heute muß man Bilder sehen, wo man den Autofahrer aufmerksam macht, kommt zum Ennskai, dort sind so viele Parkplätze frei, die genützt werden könnten. Aber das beweist gleichzeitig, weil Du, Rudi, so lachst, daß wir auf keinen Fall eine Bewirtschaftung dieser Parkplätze brauchen. Der Grundgedanke, wenn Ihr es ehrlich gemeint habt, war in die Richtung, daß wir hier Parkplätze schaffen, um das innerstädtische Leben am Stadtplatz mit Menschen zu beleben. Heute haben wir schon bei der Umwidmung von 50 Prozent die Tatsache, daß man dort ohne weiteres parken kann. Das wird sich aber wieder einpendeln. Ich bin der Auffassung, daß grundsätzlich wir übereinkommen müssen, Lösungen zu treffen in der Richtung, daß der Steyrer Stadtplatz autofrei wird. Das ist zum Nutzen aller, der Geschäftsleute und jener, die unseren historischen Stadtplatz vom In- und Ausland besuchen.

Abschließend möchte ich noch sagen, Parkplätze sind derzeit in der Umgebung von 2 - 5 Gehminuten genügend vorhanden. Nur muß man sich daran gewöhnen, daß man vom Auto einige Schritte oder einige hundert Meter wieder marschiert. Das ist der Grund. Wenn ich sage das Schiffmeisterhaus, dort gibt man immer einen Parkplatz. Ich fahre nie auf den Stadtplatz. Ich fahre auch manchmal zum Gaswerk, wenn ich zur Sitzung komme. Ich weiß ganz sicher, beim Gaswerk bekomme ich jederzeit einen Parkplatz, dort gibt es jederzeit genügend Plätze.

Ich kann von dort ohne Anstrengung in 2 Minuten hier im Rathaus sein bzw. am Stadtplatz. Wir haben so viele Parkplätze in der Umgebung, Stelzhamerstraße beim großen Theater, auf der Promenade. Ich brauche das ja nicht zu erzählen, Ihr kennt das selber. Ich bin allerdings der Auffassung, wir sollen stärker versuchen, bevor wir große Millionenbauprojekte hier aufführen oder planen, das kostet ja auch Geld, daß wir mit City-Bussen von diesen Parkflächen - auch wenn es momentan etwas kostet, daß man es von mir aus gratis macht, damit eine Übergangszeit geschaffen wird. Man kann ja auch etwas verlangen. Normalerweise ist es so zur Übergangszeit, daß sie sich gewöhnen daran, daß man eben solche Möglichkeiten schafft. Ich sage Euch auch eines, die Direktoren unserer Stadtwerke, sie sind ja heute sehr ruhig, weil überhaupt niemand aufgetreten ist wegen dem Erdgasliefervertrag, die haben ja auch sehr wesentlich beigetragen durch ihr Konzept, nämlich der öffentlichen Autobusse der Stadt Steyr, daß viele hunderte Menschen oder tausende Menschen doch den Pkw zuhause stehen lassen und mit den Bussen hier in die Innenstadt kommen. Das ist eine bestimmte Attraktivität und die könnte man noch erweitern. Sie werden sich auch noch den Kopf zerbrechen, wie man diese Frage auf diese Art und Weise billiger löst als mit großen Projekten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Aktuellen Stunde. Eine Bitte hätte ich. Es waren sehr viele Redner bei dieser Aktuellen Stunde, obwohl die ÖVP kein eigenes Thema gehabt hat. Es waren 23 Diskussionsbeiträge in der Aktuellen Stunde. Ich hätte die Bitte, wir haben ja eine Bestimmung in unserer Geschäftsordnung, daß die Redezeit künftighin von sich aus wieder eingehalten wird. Jeder sollte von sich aus die Disziplin aufbringen, innerhalb von 5 Minuten fertig zu sein. Dann wären wir heute um eine halbe Stunde früher fertig geworden.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Darf ich dazu etwas sagen. Wenn wir diese zwei besonders wichtigen Fragen zu einem Tagesordnungspunkt gemacht hätten, wären sie nicht in der Aktuellen Stunde besprochen worden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

So wie immer darf ich der Ordnung halber mitteilen, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates im Ausmaß von S 969.100,- zur Kenntnis genommen hat. In den Verhandlungsgegenständen wurden Beträge von S 2,974.000,- freigegeben. Ich danke allen für die Mitarbeit und schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 17.50 Uhr

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor MR. Dr.
Gerhard Alphasamer e. h.
Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
Roman Eichhübl e. h.
Franz Enöckl e. h.

DEUTSCHE VEREINIGUNG

Angewandte Naturwissenschaften

Die Produktion

von...

...

Die Produktion

von...

...

...